



SAUERSTOFF für Medien

Beobachtungsstelle des italienischen Journalistenverbandes und der Journalistenkammer FNSI-OdG über Reporter unter Polizeischutz und gewaltsam unterdrückte Nachrichten

Achtundsiebzig bedrohte Journalisten



DATEN DES BERICHTS SAUERSTOFF FÜR MEDIEN 2010

2009-2010: **78** Bedrohungen, darunter: **54** gegen Einzelpersonen
24 gegen Gruppen - Zahl der betroffenen Journalisten: **400**

Arbeitsverhältnis der Betroffenen:

Festanstellung 52, Prekäres Arbeitsverhältnis 18 , Andere 8

Art der Bedrohung: Tätliche Übergriffe 13 , Beschädigungen: 15,
Bedrohungen und mündliche und/oder schriftliche
Einschüchterungsversuche 34, Anzeigen und juristische
Vorgehensweisen 16



ossigeno_2@odg.it

OSSIGENO per l'informazione

osservatorio FNSI-Ordine dei Giornalisti

sui cronisti sotto scorta e le notizie oscurate in Italia con la violenza

c/o OdG via Parigi 11 00186 Roma – c/o FNSI Cso Vitt.Emanuele 349 00187 Roma

Bericht SAUERSTOFF 2010

Die Beobachtungsstelle „Sauerstoff für Medien“ dankt dem Goethe-Institut für die Erstellung der deutschen Fassung des diesjährigen Berichts. Neben der italienischen und deutschen liegen englische und spanische Übersetzungen vor, eine chinesische, russische und portugiesische Fassung sind in Arbeit.

Der vorliegende Text wurde am 23. September 2010 in Neapel veröffentlicht und fasst die bis zu diesem Zeitpunkt bekannt gewordenen Vorfälle zusammen. Seither kamen zahlreiche weitere Ereignisse hinzu, über die künftig die im Aufbau befindliche Internetseite www.ossigenoinformazione.it informieren wird.

Die unabhängige Beobachtungsstelle beruht ausschließlich auf ehrenamtlicher Mitarbeit. Sie genießt seit 2009 die Unterstützung des italienischen Journalistenverbandes und der Journalistenkammer.

Der vorliegende Bericht 2010 dokumentiert Drohungen und Einschüchterungsversuche gegenüber Journalisten zwischen 2009 und Anfang 2010. Im vorangegangenen Bericht sind Vorfälle aus den Jahren 2006 bis 2008 zusammengefasst.

Die Beobachtungsstelle erstellt die vorliegenden Berichte unter Leitung von Alberto Spampinato mit Hilfe zahlreicher Journalisten, deren Interessenvertretungen, einzelner Bürger und Vereinigungen zum Schutz gegen gewalttätige Desinformation.

HINWEIS – Dieser Bericht kann unter Angabe der Quelle zitiert werden. Teile des Berichts sowie der gesamte Text können wiedergegeben werden, sofern der Inhalt dieser Seite dabei erscheint. Wir danken im voraus für die Erwähnung der Beobachtungsstelle „Sauerstoff für Medien“ und die Erläuterung ihrer Zielsetzungen.



SAUERSTOFF für Medien

Beobachtungsstelle des italienischen Journalistenverbandes und der Journalistenkammer FNSI-OdG über Reporter unter Polizeischutz und gewaltsam unterdrückte Nachrichten

Bericht 2010

- 1 Grußwort des italienischen Staatspräsidenten Giorgio Napolitano
- 2 Schutz bedrohter Journalisten in Italien. Überlegungen und
Vorschläge von *Alberto Spampinato*
- 3 Unter verschärften Bedingungen. Mindestens 35 Reporter innerhalb weniger Monate im Fadenkreuz von *Roberta Mani*
und *Roberto Salvatore Rossi*
- 4 Nicht nur anonyme Briefe und Patronen. Drohungen von Amts
wegen von *Roberta Mani* und *Roberto Salvatore Rossi*
(*Link3*)
- 5 Die gewaltsame Zensur und ihre Opfer
- 6 Wer. Wo. Wann.

1 Grußwort des italienischen Staatspräsidenten Giorgio Napolitano



Die Erinnerung an die Ermordung von Giancarlo Siani gilt es, auch 25 Jahre nach der grausamen Tat als Mahnung für künftige Generationen ohne falsches Pathos wach zu halten, damit sein berufliches Engagement, sein Bürgersinn und Einsatz für Rechtsstaatlichkeit ihnen Vorbild sein kann. Die diesjährige Verleihung des Preises, der dem jungen von der Camorra getöteten Reporter des „Mattino“ gewidmet ist, mit einem Kongress der Beobachtungsstelle „Sauerstoff für Medien“ zu verbinden, ist ein Schritt in die richtige Richtung. Denn die Tagung befasst sich mit journalistischer Arbeit, die die Aktivitäten der Behörden und anderer gesellschaftlicher Kräfte im Kampf gegen das organisierte Verbrechen unterstützt. Seinen Angehörigen gilt gemeinsam mit all jenen meine Anteilnahme, die heute Giancarlo Sianis gedenken.
*Botschaft an den Chefredakteur des „Mattino“
anlässlich der Verleihung des Siani-Preises am 22
September 2010.*



2 Schutz bedrohter Journalisten in Italien Überlegungen und Vorschläge

von Alberto Spampinato

„Drohungen gegen Journalisten stellen eine überaus gravierende Verletzung der Pressefreiheit dar, deren Brisanz durch allgemeine Straflosigkeit besondere Brisanz erhält“, hat der Labour-Politiker Andrew McIntosh als Medien- und Kulturminister der Regierung Blair erklärt, der im Januar 2010 den Bericht der Parlamentarischen Versammlung des Europarats über die „Achtung der Pressefreiheit“¹ verfasste. Das Dokument beschreibt detailliert besonders schwere Verstöße gegen die Pressefreiheit in den 47 Mitgliedsländern des Europäischen Rats und betont dabei vor allem die gravierende Situation in Russland (220 seit 1989 getötete Journalisten, allein 13 zwischen 2007 und 2009 und noch immer keine Gerechtigkeit für den Mord an Anna Politkovskaja), Aserbaidzhan und anderen osteuropäischen Ländern. Dabei lenkt er die Aufmerksamkeit auch auf die Lage bedrohter Journalisten in Italien. Der McIntosh-Bericht sollte Länder, die engere Beziehungen zur Europäischen Union oder gar einen Beitritt anstreben, zu verstärktem Schutz für Journalisten anregen. Der Europarat spricht darin vielfältige Mahnungen an die betroffenen Länder aus, um ihnen den Weg zu einer möglichen Annäherung aufzuzeigen und den dortigen Pro-Europäern Anknüpfungspunkte zu bieten, die sich für nötige Reformen einsetzen. Der McIntosh-Bericht fordert darüber hinaus die konsequente Achtung der Pressefreiheit auch in Ländern, die bereits Mitglieder der Europäischen Union sind. Dazu zählen Griechenland, Ungarn, Spanien und Italien als das europäische Land, in dem Journalisten dem Bericht zufolge besonders gravierenden Bedrohungen ausgesetzt sind. Italien ist als eines der sechs Gründungsmitglieder der Europäischen Union in vieler Hinsicht ein Vorbild für Beitrittskandidaten, in Sachen Pressefreiheit steht das Land jedoch seit geraumer Zeit wegen des so genannten „Phänomens Berlusconi“, nach den Worten des Berichts aufgrund des Interessenkonflikts des Ministerpräsidenten und der Medienkonzentration, unter Beobachtung

¹ Der Bericht *Respect for media freedom*, vom 6. Januar 2010, den Andrew McIntosh, dem Committee on Culture, Science and Education des Europarats präsentierte, findet sich unter folgendem Link: http://www.rferl.org/content/Journalists_in_Trouble_Attacks_on_Journalists_Shock_Parliamentary_Assembly/1943183.html

Italien ignoriert ein europäisches Dokument

Der Bericht des Europarats stellt eine hohe Zahl bedrohter Journalisten in Italien fest. Er weist auf Drohungen gegenüber dem Journalisten Lirio Abbate und dem Schriftsteller Roberto Saviano aus dem Jahr 2007 hin, die seitdem unter Polizeischutz stehen. Das Dokument zitiert ferner italienische Staatsanwälte, nach denen „Morddrohungen und Aggressionen gemeinhin von kriminellen Elementen einschließlich der Mafia eingesetzt werden, um italienische Journalisten zum Schweigen zu bringen“. Der Europarat fordert Italien vor diesem Hintergrund ebenso wie andere Länder auf, Journalisten besser zu schützen. Der Bericht blieb in Italien wirkungslos, obwohl das Phänomen hier verstärkt auftritt. Lirio Abbate wurde nach Aussage der Ermittler erneut massiv bedroht, es kam zu einem offenen Einschüchterungsversuch gegen Rosaria Capacchione. Fünf Journalisten wurden innerhalb von zwei Monaten in der Provinz Reggio Calabria zur Zielscheibe (Francesco Mobilio, Michele Albanese, Francesco Cutrupi, Antonino Monteleone, Giuseppe Baldessarro), ganze Fernsehteams wurden in Rosarno nach den schweren Zusammenstößen bedroht, bei denen im Januar 2010 37 Zuwanderer verletzt wurden. Weitere gravierende Vorfälle aus den vorangegangenen Wochen fanden in den italienischen Medien kein Echo. Sie richteten sich etwa gegen einen Journalisten der „Gazzetta del Mezzogiorno“ aus San Severo in der Provinz Foggia und gegen Gianni Lannes, der im Dezember unter Polizeischutz gestellt wurde. Fabio Fioravanti wurde in Treviso gar während einer Live-Übertragung per Telefon bedroht. In Udine wurde einem Journalisten ein Briefumschlag mit einer Patrone zugestellt. In Rom kam es zu massiven Einschüchterungsversuchen gegen Nello Rega und Guido Rotolo. Weitere Fälle sind in Neapel, Palermo, Genua, Florenz und Turin zu verzeichnen. Vor dem Hintergrund entsprechender Berichte schlug der italienische Journalistenverband im Februar 2010 Alarm, indem er erklärte, die Lage überschreite die Toleranzgrenzen, und eine Intervention der Regierung anmahnte. Dem Journalistenverband geht es nicht nur um Schutz bedrohter Journalisten sondern um Freiheit in einem übergeordneten Sinn, da Angriffe auf die Medien eine Bedrohung für die Demokratie darstellen. Einschüchterungsversuche beeinträchtigen die Arbeit von Journalisten, die sich daraufhin vielfach selbst zensieren und damit die soziale Funktion der Presse unterminieren. Ohne umfassende Information mangelt es den Bürgern jedoch an Grundlagen für die nötige Orientierung und für bewusste politische Entscheidungen.

Im politischen Vakuum: Der Präsident, der Bericht und parlamentarische Anhörungen

Auch wenn Bedrohungen italienischer Journalisten nicht das Ausmaß des Massakers erreichen, das seit 1989 in Russland rund 200 Todesopfer gefordert hat, sind sie zahlreicher und gravierender als in den übrigen 26 EU-Mitgliedsstaaten. Das geht aus dem vor einem Jahr veröffentlichten Bericht „Sauerstoff für Medien“ der italienischen Journalistengewerkschaft FNSI und des Journalistenverbandes über bedrohte Reporter und gewaltsam unterdrückte Nachrichten hervor, in dem an elf Journalisten erinnert wird, die in den vergangenen fünfzig Jahren wegen Ermittlungen über Mafia und Terrorismus getötet wurden. In dem Bericht, der u.a. dem italienischen Staatspräsidenten Giorgio Napolitano ausgehändigt wurde, wird die Zahl der zwischen 2006 und 2008 in Italien bedrohten Journalisten auf mindestens 200 geschätzt.

Die Rüge des Europarats und der Aufruf der Journalistengewerkschaft trugen bislang ebenso wenig zu einer Verbesserung der Situation bei wie eine parlamentarische Anfrage, mit der die Regierung aufgefordert wurde, Bericht über die aktuelle Lage zu erstatten. Die Untätigkeit der Politik und die Gleichgültigkeit der Medien angesichts dieses gravierenden Phänomens sind Bestandteil des Problems. Das Thema ist selbst unter Journalisten tabu, denn auch wenn sie persönlich betroffen sind, unterschätzten sie bislang die Lage, schämen sich ihrer oder resignierten schlicht. Diese Art von Reaktion fördert jedoch Vertuschungsversuche und trägt damit sicher nicht zur Suche nach Lösungen für eine sich stetig verschlechternde Situation bei. Die beiden wichtigsten Lösungsansätze unterscheiden zwischen dem aktiven Vorgehen von Journalisten und Herausgebern einerseits und dem Einschreiten der Institutionen für mehr Polizeischutz sowie Gesetzesänderungen andererseits.

Das Schweigen brechen

Sicher könnte man bereits jetzt für den Schutz von Journalisten tun, die über brisante Fälle berichten. Zunächst gilt es daher vor allem, das Gefahrenbewusstsein der Betroffenen zu stärken. Als erstes gilt es, Tabu zu brechen, das Journalisten daran hindert, über eigene Erfahrungen mit Drohungen zu sprechen. Darüber hinaus sollte die Berichterstattung über entsprechende Vorfälle gefördert und in den jeweiligen Kontext gestellt werden, um den Eindruck zu vermeiden, dass es sich um Einzelfälle handelt. Die betroffenen Journalisten brauchen überdies unabhängig von ihrer politischen und geographischen Herkunft bedingungslose Solidarität. Es reicht nicht aus, mit dem Korrespondenten der eigenen Zeitung oder politischen Partei solidarisch zu sein. Jeder ehrliche Journalist muss sich in die Lage seiner bedrohten Kollegen versetzen und sich mit ihnen identifizieren, um ihnen zur Seite zu stehen, sie zu schützen und für eine umfassende Solidarität der Bürger sowie der Institutionen zu sorgen. Journalisten dürfen

nicht die Aussage verweigern, wenn sie Zeuge von Drohungen werden oder Situationen miterleben, die die Verteidigung eines Kollegen erleichtern können. Häufig mangelt es an solchen eigentlich selbstverständlichen Verhaltensweisen. Journalisten und ihre Verbände dürfen nicht wegsehen, wenn einem Kollegen nicht nur die Solidarität sondern auch Zeugenaussagen verweigert werden. Entschlossenes Handeln ist nötig, um die Glaubwürdigkeit und Ehre des eigenen Berufsstandes zu retten. Einen Beitrag leistet dazu der Journalistenverband. „Wir sollten über unsere Pflichten reden und über diejenigen, die bei ihrer Arbeit nicht nur Angriffen der Camorra sondern auch anderer Journalisten ausgesetzt sind“, betonte der Generalsekretär des Verbands, Enzo Iacopino, im Oktober 2008 in Casal di Principe. „Diese Art der Schande dürfen wir nicht akzeptieren. Wer mit solchen Verhaltensweisen und mit kriminellem Schweigen seinen Berufsstand entehrt, hat keinen Platz im Journalistenverband. Es wird Zeit, dass die Regionalverbände Ordnung in ihren eigenen Reihen schaffen. Angesichts solcher Phänomene müssen wir gnadenlos handeln. Wir müssen für saubere Luft sorgen.“

„Kein bedrohter Journalist darf sich einsam fühlen, hinter jedem von ihnen steht die Gewerkschaft“, betonte der FNSI-Generalsekretär Franco Siddi bei der gleichen Gelegenheit, während der Vorsitzende der Gewerkschaft, Roberto Natale eine aktivere Rolle der Medien anmahnte. „Der staatliche Rundfunk muss verstärkt über Mafia-Vergehen berichten, mindestens im gleichen Maß wie über andere Gewaltverbrechen“, betonte Natale. Solidarität, Sichtbarkeit und öffentliche Aufmerksamkeit für Pressefreiheit bieten m.E. gemeinsam den besten Schutz für bedrohte Journalisten.

Schwierigkeiten bei Solidaritätsbekundungen für bedrohte Kollegen

Es wird immer schwieriger, Solidaritätsbekundungen für bedrohte Reporter zu organisieren. Das liegt einerseits vermutlich an der geringen Glaubwürdigkeit des Berufsstands. Diese leidet unter dem Missbrauch einiger Journalisten und unter dem von der Öffentlichkeit als ungenügend angesehenen Vorgehen von Institutionen, die für die Einhaltung der Regeln verantwortlich sind. Zudem tendieren zahlreiche Zeitungen unter dem Eindruck sinkender finanzieller Absicherung und aufgrund des technischen Fortschritts vielfach dazu, ihren ursprünglichen Auftrag nicht mehr zu erfüllen, Nachrichten im Interesse der Bürger zu verbreiten. Gleichzeitig veränderte sich der Beruf des Journalisten erheblich, wobei die historisch gewachsene Trennung zwischen einzelnen Aufgabenbereichen und Formaten aufgehoben wurde. So arbeiten in den Redaktionen mittlerweile sehr unterschiedliche Journalisten miteinander. Viele von ihnen sind nicht mehr überzeugt, dass ihre Tätigkeit autonom und unabhängig vom Urteil ihrer Quellen sein muss, dass sie einzig

dem Interesse der Öffentlichkeit zu dienen hat und Journalisten zu verbreitende Nachrichten einzig nach ihrer Relevanz auswählen sollten. Die einen wählen nach Marketing-Kriterien aus. In anderen Fällen sitzt neben dem Journalisten, der wegen der Veröffentlichung einer brisanten aber wichtigen Nachricht bedroht ist, ein Kollege, der um des lieben Friedens willen oder, weil er darum gebeten wurde, genau diese Meldung unterdrückt hat. Dieser verweigert seinem bedrohten Kollegen nicht nur die nötige Solidarität, sondern fragt ihn mit überlegener Miene, warum er brisante Informationen überhaupt veröffentliche. Der Film Fortapàsc über die tragische Geschichte des Journalisten Giancarlo Siani legt den Finger auf die Wunde, indem er die Dynamik zwischen echten Journalisten und Journalisten mit Angestelltenmentalität beschreibt.

Journalistenschulen, Redaktionen und Tagungen sollten sich bei jeder Gelegenheit mit diesem unterschiedlichen Rollenverständnis beschäftigen und darauf hinweisen, dass berufliche Verhaltensregeln für alle Journalisten gelten. Andernfalls müssten wir uns die vage und zweideutige Interpretation des Journalistenberufs zu eigen machen, vor der der Film von Marco Risi warnt. In diesem Fall sind für ein klares Verständnis weitere Spezifikationen nötig. So hat etwa der Begriff des Fahrers, der jeweils für Autos, LKWs oder andere Fahrzeuge angewendet werden kann, ohne Spezifikation jedoch keine genaue Bedeutung. Kaum auszudenken, wie es wäre, wenn Journalisten eines Tages angeben müssten, womit sie sich befassen, ob mit Nachrichten im eigentlichen Sinn oder mit anderem, etwa mit PR-Arbeit oder Zuliefertätigkeiten für Werbung. Entsprechende Zusatzangaben wären in diesem Fall für Zeitungen erforderlich, die immer häufiger eine parteiische Nachrichtenauswahl treffen und damit keine unabhängige Information mehr garantieren. Damit laufen sie dem Auftrag der Medien gegenüber den Bürgern zuwider, der ihre eigentliche Lebensgrundlage darstellt und um dessentwillen sie in Italien Subventionen erhalten.

De mehr Zeitungen sich durch die Unterschlagung wichtiger Nachrichten finanzieren und je mehr Journalisten sie dabei unterstützen, desto gefährlicher wird die Arbeit von Redakteuren und Reportern, die die Regeln weiterhin einhalten. Das belegen zahlreiche Beispiele bedrohter Reporter. Dabei werden vor allem junge Journalisten ohne festen Arbeitsvertrag und ohne Mitgliedschaft im Berufsverband zur Zielscheibe, wenn sie für eine kleine Zeitung berichten oder über einer Blog Nachrichten verbreiten, die von renommierten Blättern und erfahrenen Journalisten mit festen Verträgen ausgesiebt wurden.

Teamwork

Die Tätigkeit des Reporters kann in den einzelnen Redaktionen durch die Einhaltung von ein paar Grundregeln des Metiers und wenige aber wichtige Maßnahmen abgesichert werden. Dazu gehören vor allem die Arbeit im Team, die Veröffentlichung von Artikeln ohne Autorenangabe, Leitartikel über besonders brisante Nachrichten und wechselnde Aufgabenteilung für Vorgänge, die besondere Aufmerksamkeit erregen. Während der so genannten bleiernen Jahre wurden diese Regeln von Journalisten erprobt, die über den Terrorismus berichteten. Warum wurde dieses Schema noch nicht auf die Berichterstattung über die Mafia angewandt? Was den Rechtsschutz anbelangt, so werden Journalisten bekanntlich nicht nur auf üblichen Wegen bedroht werden sondern auch über juristisches Vorgehen, meist in Form von zivilgerichtlichen Entschädigungsklagen, einem ebenso subtilen wie wirksamen Instrument zur Einschüchterung. Bis vor wenigen Jahren konnte jeder, der seinen Ruf in den Medien geschädigt sah, vor einem Strafgericht Diffamierungsklage einreichen. Wenn die Klage anerkannt wurde, konnte der Geschädigte vor dem Zivilgericht auf Entschädigung klagen, tat dies jedoch häufig nicht. Das hat sich geändert.

Mittlerweile hat sich eine Rechtspraxis etabliert, die das Recht auf Berichterstattung in höherem Maß anerkennt. Seitdem sind Verurteilungen wegen Diffamierung seltener geworden und fallen weniger hart aus. Wer sich heute durch eine journalistische Recherche in seinen Rechten verletzt fühlt, wendet sich direkt mit einer Entschädigungsforderung an den Zivilrichter. Die Höhe der Forderung treibt den Journalisten gewöhnlich ebenso wie die Zeitung vor den Ruin.

Typisch für dieses Phänomen waren 2009 Milliardenklagen von Ministerpräsident Silvio Berlusconi gegen „La Repubblica“ und „L'Unità“. Dutzende, vielleicht gar Hunderte andere Klagen gegen weniger bekannte Journalisten und Medien, in denen die geforderten Summen gleichwohl die vorhandenen Ressourcen bei Weitem übersteigen, sind zwar weniger bekannt aber dennoch weit verbreitet.

Das Recht zurückerobern

In der laufenden Debatte gibt es unterschiedliche Antworten auf die Frage, wie man dieser Art von Strategie am besten begegnet. Eine informelle Gruppe, der Vertreter der Journalistengewerkschaft und anderer Organisationen angehören, erwägt die Vorlage eines Gesetzesentwurfs, mit dessen Hilfe Diffamierung nach amerikanischem und britischem Vorbild nicht mehr unter Strafe gestellt und stattdessen als zivilrechtliches Vergehen eingestuft werden könnte. Dieses Prinzip käme zum Tragen, wenn ein Journalist den Ruf einer Person bewusst, vorsätzlich und gravierend im

Wissen darum schädigt, dass die veröffentlichten Informationen falsch sind. Mit einer entsprechenden Reform würden strafrechtliche Sanktionen abgeschafft, die derzeit bis zu sechs Jahre Haft betragen, in den letzten Jahren jedoch nicht mehr verhängt wurden. Zusätzlich können nach geltendem Recht Journalisten, Chefredakteure und Herausgeber gemeinsam mit Bußgeldern in Höhe von 250.000 Euro belegt werden. Eine solche haftrechtliche Regelung, der zufolge nach dem Pressegesetz von 1948 die Entschädigung der „Schwere des Schadens und der Verbreitung“ des Mediums zu entsprechen hat, gibt es in keinem anderen Bereich. Die erwogene Reform würde das Prinzip des „dolus malus“, das Bewusstsein der rechtswidrigen Tat, einführen und Entschädigungsforderungen nur dann ermöglichen, wenn nicht umgehend auf täglich einzurichtenden Seiten bzw. Sendungen unter entsprechender graphischer Kennzeichnung eine Richtigstellung oder ein Widerruf veröffentlicht wurde.

Dem Kläger bliebe es in diesem Fall überlassen, entsprechende Disziplinarmaßnahmen des Journalistenverbands zu veranlassen. Die Höhe der Entschädigung würde sich in diesem Fall aus dem effektiven finanziellen Schaden und aus einer mit der Leserschaft multiplizierten Grundsumme ergeben, die vom Verband festgelegt wurde

Meines Erachtens handelt es sich dabei um einen interessanten Vorschlag. Er stellt jedoch noch keine ausreichende Antwort auf alle Fälle dar, in denen Journalisten durch Entschädigungsforderungen eingeschüchtert oder zensiert bzw. ihr Recht auf Berichterstattung eingeschränkt werden sollen. Entsprechende hohe Entschädigungsforderungen sind ebenso wie Drohungen, physische Gewalt und Beschädigungen aufgrund des allgemeinen Desinteresses an dem Phänomen weit verbreitet. Die geltende Gesetzgebung erachtet Drohungen und andere Vorgehensweisen gegen Journalisten als unerheblich, als ob es sich dabei um ein Problem der Fairness handle. Der breiten Öffentlichkeit entgeht dabei vollkommen die Bedrohung durch dieses Problem, das das Recht auf Berichterstattung und damit auf Kritik einschränkt, die zu den Hauptfunktionen der journalistischen Arbeit gehören, wenn diese als Kontroll jeder Form von Macht verstanden wird. Viele Bürger wissen nicht, dass Artikel 21 der italienischen Verfassung ebenso wie andere europäische Verfassungen und die Vereinten Nationen gemeinsam mit dem Recht auf Berichterstattung das Recht der Bürger auf umfassende und zeitnahe Information garantieren.

Das unsichtbare Verbrechen

Es ist nicht leicht, für eine Anerkennung des Rechts auf Berichterstattung und auf korrekte Information zu sorgen, obwohl dies eigentlich selbstverständlich

sein sollte. Die Mehrheit der Bürger kennt nicht einmal ihre diesbezüglichen Rechte. Journalisten stehen ihrerseits ständig unter Druck, zu beweisen, dass es tatsächlich ein Recht auf Berichterstattung und Kritik gibt. Es ist unbestritten, dass sie keine legitimen Interessen beschädigen, wenn sie ihre öffentliche Funktion korrekt ausüben. Wenn ein Journalist demnach eine brisante Nachricht veröffentlicht und Würdenträger darauf reagieren, kommt es zu absurden Situationen, auch wenn reine Fakten wiedergegeben wurden und damit nicht der Ruf des Klägers beschädigt wurde. In einer entsprechenden Lage befanden sich Opfer der Mafia bis 1985, als das Verbrechen der Mitgliedschaft in einer mafiösen Vereinigung eingeführt wurde. Bis dahin mussten sie die Existenz der Mafia in jedem Fall neu nachweisen.

In diesem Bereich existiert einer jener „angenommenen oder realen Freiräume, die die Gesetzgebung bei jeder schwer einzuordnenden Problematik aufweist“. Der emeritierte Präsident des Verfassungsgerichts, Giovanni Maria Flick, erinnerte im Fall Eluana Englaro (Sterbehilfe, Anm. d. Übers.) an die entsprechende Interpretation allgemeiner Rechtsnormen (siehe Giovanni Maria Flick, Schlussbetrachtungen vor dem Verfassungsgerichtshof vom 28.1.2009). Angesichts einer „Explosion“ neuer Rechte kann nach Flicks Auffassung nur ein neues Regelgerüst die Anwendung eines „juristischen Rechts“ beschränken, das nach allgemeiner Auffassung die Grenzen der Interpretation zu sprengen droht, gleichzeitig jedoch vom Wunsch der Allgemeinheit gerechtfertigt wird, vor allem in sensiblen Rechtsbereichen nicht auf juristische Garantien und Schutzmechanismen zu verzichten.

Angesichts zahlreicher Vergehen, mit denen in diesem Land die freie Ausübung des Rechts auf Berichterstattung eingeschränkt, beeinträchtigt oder sogar gänzlich unmöglich gemacht werden soll, stellt sich die Frage nach der Notwendigkeit eines ausdrücklichen rechtlichen Schutzes. Dabei müsste es sich um spezifische zivil- bzw. strafrechtliche Sanktionen handeln, mit denen diejenigen belangt werden, die bewusst das Recht von Journalisten einschränken. Als erschwerender Umstand müssten Vergehen gegen einzelne Personen wie Einschüchterungsversuche, Drohungen, tätliche Gewalt und Beschädigungen betrachtet werden, wenn sie begangen werden, um die Rechte von Journalisten zu verletzen. Meines Erachtens besteht hier einer jener vom emeritierten Vorsitzenden des Verfassungsgerichts erwähnten juristischen Freiräume. Aufgrund dieses Schlupflochs konnte es in den vergangenen Jahren zu einer wachsenden Zahl an Einschüchterungsversuchen gegen Journalisten kommen.

Das Vorgehen von Regierung und Parlament

Die derzeitige Lage wird sich voraussichtlich zunächst noch verschlimmern. In den kommenden Monaten wird das Parlament vermutlich ein neues Abhör-Gesetz verabschieden. Wenn der vom Senat im vergangenen Juli gebilligte Entwurf in Kraft tritt, wird es explizite Verbote für die Ausübung des Rechts auf Berichterstattung im Justizbereich und schwere Geldstrafen geben, die das persönliche Vermögen von Journalisten ebenso wie das Unternehmenskapital der betroffenen Medien angreifen.

Das Risiko entsprechender Sanktionen wird dazu beitragen, dass noch wesentlich mehr Nachrichten unterdrückt werden, als dies schon heute aufgrund leicht einzuklagender Entschädigungen der Fall ist. Das geltende Recht verleitet Journalisten und Chefredakteure ohnehin dazu, auf brisante Nachrichten zu verzichten. Herausgeber verweigern ihren Journalisten bereits jetzt vielfach den nötigen Rechtsschutz. Manche Herausgeber wälzen Entschädigungsforderungen ihrerseits auf die Journalisten ab. Wenn eine Zeitung von vornherein auf die Möglichkeit verzichtet, den Wahrheitsgehalt einer Nachricht und den guten Glauben eines Journalisten vor Gericht gegenüber ungerechtfertigten Forderungen nach Richtigstellung geltend zu machen, wird journalistische Arbeit zum Spießrutenlauf. Unter diesen Bedingungen sehen viele Redakteure sich gezwungen, nur noch unverfängliche Nachrichten zu veröffentlichen, die den Beteiligten genehm sind, gereinigte bzw. geglättete Versionen oder einseitige Informationen, die eher unter das Genre der Propaganda als des Journalismus fallen.

Der Rechtsschutz stellt alle Beteiligten vor praktische, juristische und grundsätzliche Probleme. Interessenvertreter von Journalisten sollten eine aktivere Rolle einnehmen, indem sie für effektiven Rechtsschutz, und eine Strategie zur Nutzung der bestehenden juristischen Möglichkeiten sorgen. In dieser Hinsicht zeigte der Anwalt Domenico D'Amati bei einem Seminar der Vereinigung „Libera Informazione“ über „Worte und Mafia“ am 15. Dezember 2009 eine mögliche Strategie auf. Er regte u.a. dazu an, in Entschädigungsverfahren unterlegene Kläger nicht nur zur Zahlung der Prozesskosten zu verpflichten sondern auch einer Entschädigung. D'Amato schlug überdies regelmäßige Klagen beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte vor. Dieser verwarf bereits in einem der eklatantesten italienischen Fälle der letzten Jahre das Urteil, dass Claudio Riolo zur Zahlung von umgerechnet 50.000 Euro verpflichtete.

Die Notwendigkeit, Journalisten zu einem effektiven Rechtsschutz zu verhelfen, betrifft jeden, der auf freie Information Wert legt und ist zugleich eng mit der Frage nach einer Reform des Diffamierungsparagrafen verbunden bzw. mit einer expliziten Gesetzgebung zum Schutz des Rechts

O₂ SAUERSTOFF für Medien. Bericht 2010

auf Berichterstattung. Eine Reform die die Voraussetzungen eine Haftpflichtversicherung für Journalisten schafft, ist dringend nötig. So lange die Tragweite des Rechts auf Berichterstattung nicht klar gefasst ist, bleibt es unmöglich, eine entsprechende Versicherung abzuschließen. Bis zur Einführung neuer Regeln wird es weiterhin möglich sein, gerichtlich Entschädigungsforderungen in unbegrenzter Höhe durchzusetzen, die unabhängig von den Vermögensverhältnissen des Beklagten und vom effektiven Schaden festgesetzt werden.



3/Unter verschärften Bedingungen Mindestens 35 Reporter innerhalb weniger Monate im Fadenkreuz

von Roberta Mani und Roberto Salvatore Rossi

„Lieber Sandro, trotz Deines schwarzen Schnurrbarts, läuft auch für Dich die Zeit ab. Während Dein Bruder sich an der Brust des Anwalts nährte, hat es Dir nie an etwas gefehlt. Hast Du Dich eigentlich je gefragt, wie viele Menschen Du in den Ruin und in die Krankheit, wie viele Du in den Selbstmord getrieben hast? [...] Früher oder später wirst Du von uns gehen, aber wir können nicht darauf warten, dass Du durch Leiden büßt, deshalb möchten wir, dass Du weißt, dass Du der Zweite auf der Liste bist. Auch den ersten haben wir bereits in die Liste aufgenommen. Wir verfolgen jede seiner Bewegungen und die seiner Angehörigen. [...] Pass auf Dich auf, Sorge für Rückendeckung, wenn Du morgens mit den Hunden (weiß und schwarz) spazieren gehst und wenn Du die Zeitung holst, auch wenn Du sie immer am gleichen Kiosk kaufst. Dir und jenem anderen bleibt nur eine Möglichkeit. Ihr solltet in eine andere Stadt ziehen, aber auch davon ich würde Euch abraten, denn dadurch würden wir nur Zeit verlieren. Ihr würdet Zeit gewinnen aber dann könnten wir uns veranlasst sehen, Eure Schulden von jemandem zahlen zu lassen, der Euch gegen unseren Willen nah ist. [...] Wir meinen es ernst, wir haben allzu lange gewartet. Ruf um Hilfe, niemand wird Dich für immer schützen können“.

Ein Brief an Sandro Ruotolo

„Der Brief kam am vergangenen 3. Oktober nach einem Telefonanruf bei mir zu Hause an. Seitdem laufen die Ermittlungen der römischen Antiterror-Einheit Digos in dem Büro, dem wir auch alle anderen Briefe übergeben haben, die an die Redaktion von „Annozero“ geschickt wurden. Sie enthalten alle mehr oder weniger die gleiche Botschaft: Ihr werdet alle sterben, Travaglio, Santoro, Vauro und Ruotolo. Der zu mir nach Hause geschickte Brief enthielt jedoch Elemente, die ein höheres Maß an Besorgnis auslösten. Offenbar ist man mir gefolgt, man kennt meine Gewohnheiten. Das ist die klassische Einschüchterungstechnik. Auch heute noch sehe ich mich um, wenn ich das Haus verlasse. Ich bin weniger gelassen, das ist das Schlimmste, glaube ich, das Element, das meine gesamte Existenz prägt, der Verlust an Gelassenheit. Auch weil ich nicht unter Polizeischutz stehe. Natürlich habe ich absolutes Vertrauen in die Ermittler, die der Überzeugung

sind, dass ich nicht auf solchen Schutz angewiesen bin. Die Drohung bringt Dich dennoch ins Grübeln, bereitet Dir Sorgen. Aber Du hast keine Alternative. Ich bin 54 Jahre alt. Ich kann mir nicht vorstellen, mein Leben zu ändern. Ich kann den Beruf des Journalisten nur so ausüben, wie ich es gelernt habe, wie ich es immer getan habe.“

Am Telefon ist Sandro Ruotolo, langjähriger RAI-Journalist, Freund und Mitarbeiter von Michele Santoro, dem Chefredakteur der Hintergrundsendung „Annozero“. Der Drohbrief, von dem im vergangenen Oktober viel die Rede war und den „Problemi dell’Informazione“ („Informationsprobleme“) exklusiv veröffentlichte, kam in einem besonderen Moment. Ruotolo arbeitete an einer Sendung über die Verhandlungen zwischen Staat und Mafia in der Zeit der so genannten zweiten Republik.. Das geplante Abkommen sollte vermutlich den Zustand vor den harten Urteilen des bislang größten Anti-Mafia-Prozesses von Palermo aus den 80er Jahren wieder herstellen. Nachdem die Urteile in höchster Instanz bestätigt worden waren, suchte die Mafia neue politische Gesprächspartner. Sie suchte sie auf ihre militärische Art, indem sie den Staat direkt angriff. Das Ergebnis waren die Massaker vom Beginn der 90er Jahre.

Es sollte eine wichtige Sendung werden nicht nur wegen der Publikumserwartungen, sondern vor allem aufgrund eines neuen Bahn brechenden Aspekts im Hinblick auf das Motiv für den Mord an Borsellino (ebenso wie Falcone wegen Urteilen gegen die Mafia bekannt gewordener Richter, Anm. d. Übers.). Claudio Martelli, der Justizminister von 1993, erklärt, dass er bereits wenige Wochen nach Falcones Tod und vor dem Mord an Borsellino wusste, dass einige Würdenträger der polizeilichen Sondereinheit Ros Kontakt zu Vito Ciancimino hatten, dem zur Mafia gehörigen ehemaligen Bürgermeister von Palermo, der zugleich der Vertreter für den Boss der Bosse, Totò Riina war. Martelli wusste demnach, dass verhandelt wurde, um dem Blutbad ein Ende zu setzen. Dieser Umstand stützt die Annahme der Ermittler, dass auch Borsellino von dem Pakt wusste und dass er getötet wurde, weil er sich dagegen auflehnte, oder weil die Verhandlungen angesichts Riinas inakzeptabler Forderungen nicht vorankamen. In dem Brief, den Ruotolo vor der Sendung erhielt, findet sich ein Hinweis auf jene Zeit: „Im Brief gibt es konkrete Hinweise auf die Geschichte des Carabinieri Lombardo, der sich am 4. März 1995 das Leben genommen hat“, erklärt Ruotolo. „Auf jenen Lombardo bezog sich auch mindestens ein anderer Brief an Michele Santoro, der mehr oder weniger gleichzeitig die Redaktion erreichte. Es war bekannt, dass wir eine Folge über die Mafia produzierten. In der langen, an einem Computer erstellten Botschaft geht es auch um Dino Boffo, den „Bolschewiken“, der gleichzeitig Opfer eines Streits zwischen Politik und Medien wurde.“ (Die von der Familie

des italienischen Ministerpräsidenten Silvio Berlusconi kontrollierte Tageszeitung „Il Giornale“ zwang Boffo als Chefredakteur der katholischen Tageszeitung „Avvenire“ mit einer Verleumdungskampagne zum Rücktritt, nachdem er Kritik am Verhalten des Regierungschefs geübt hatte. Anm. d. Übers.)

Lombardo nahm sich zehn Tage nach einer von Santoro moderierten Folge von „Tempo Reale“ („In Echtzeit“) im dritten Fernsehprogramm das Leben. In der Sendung erklärte der damalige Bürgermeister von Palermo, Leoluca Orlando, „Teile des Staates stehen in Terrasini auf der Seite der Mafia“. Gleichzeitig bat er die Staatsanwaltschaft, Ermittlungen über das Verhalten des ehemaligen Leiters des Carabinieri-Kommissariats von Terrasini, Lombardo, aufzunehmen. Drei Tage nach der Sendung hätte der Carabinieri in die USA fliegen sollen, um Tano Badalamenti, der bis zur Ankunft der Clans aus Corleone der Boss von Terrasini vor, nach Italien zu überführen. Er hätte im Prozess gegen Andreotti aussagen sollten und dabei vermutlich die Buscetta-Theorie widerlegt. „Der Briefschreiber kennt unsere Geschichte sehr genau, er ist längst aus den Kinderschuhen heraus“, betonte Ruotolo in diesem Zusammenhang. „Absurder Weise sind Einzelpersonen wie Santoro und ich aufgrund unseres Berufs weit gefährlicher als eine Organisation. Wir sind öffentliche Persönlichkeiten und damit in einer besonders heißen politischen Phase wie dieser extrem gefährdet.“

35 neue Drohungen

Italien ist seit einiger Zeit durch wachsende gesellschaftliche Unterschiede sowie durch anhaltende politische, wirtschaftliche und kulturelle Krisen geprägt, die der Demokratie schweren Schaden zufügen. Besonders klare Anzeichen für dieses Phänomen stellen die angespannten Beziehungen zwischen den Institutionen dar. Ein wichtiger Indikator sind aber auch die Medien, der Versuch, die zum Schweigen zu bringen, ihre Rolle und Funktion dem Willen unsauberer wirtschaftlichen und politischen Mächten unterzuordnen. In dieser Hinsicht sagt die Zahl der bedrohten Reporter zwar nicht alles, sie weist jedoch auf einen Mangel an Sicherheit hin, unter dem das gesamte Land leidet. Seit die Beobachtungsstelle „Sauerstoff die Medien“ vor einem Jahr einen ersten Bericht veröffentlichte, zählte sie 35 neue gravierende Fälle von Drohungen gegen Journalisten. Das Problem betrifft nicht nur die Kollegen selbst, denn die Drohgeste eines angezündeten Wagens oder eines Drohbriefs mit Todesurteil betrifft den gesamten Berufsstand. Vor allem Berichte über die Vermischung von kriminellen mit politischen oder unternehmerischen Interessen sind nicht gern gesehen. Vor diesem Hintergrund verflacht häufig die öffentliche Debatte über Themen, die wie die Mafia zu den italienischen Hauptproblemen gehören.

Unter den 35 Fällen finden sich neben Sandro Ruotolo noch weitere namhafte Journalisten, die mehrfach ins Fadenkreuz gerieten. Die Drohungen werden mit der Zeit etwa im Fall von Rosaria Capacchione und Lirio Abbate immer gefährlicher und offensiver. Ein Cousin des Flüchtlings Mafia-Bosses Antonio Iovene näherte sich der wegen zahlreicher Drohungen des Casalesi-Clans unter Polizeischutz stehenden Journalistin des „Mattino“, als sie am 11. Februar bei Feltrinelli in Neapel ein Buch vorstellte. Er kritisierte einige Artikel des vorangegangenen Jahres über einen weiteren wichtigen Verwandten, Riccardo Iovene, der gemeinsam mit dem Urheber des Massakers von Castelvoturno, dem Boss Giuseppe Setola, im Januar 2009 verhaftet worden war. Neben der Polizeieskorte waren in der Buchhandlung Dutzende weitere Personen anwesend, einschließlich mehrerer Carabinieri und Staatsanwalt Raffaele Cantone

Das Attentat auf Lirio Abbate

Fast unbemerkt blieb dagegen die Nachricht über den Plan für ein Attentat auf Lirio Abbate, den Journalisten, der 2007 gemeinsam mit Peter Gomez eine der außergewöhnlichsten Rekonstruktionen der Verbindungen zwischen Mafia und Politik schrieb, die die lange Flucht von Bernardo Provenzano ermöglichte. Für sein Buch *I Complici. Tutti gli uomini di Bernardo Provenzano da Corleone al Parlamento* („Die Komplizen Bernardo Provenzanos Männer zwischen Corleone und Parlament“ wurde Abbate mehrfach bedroht.

Am 4. September 2007 wurde unter Abbates Wagen in Palermo eine Bombe sicher gestellt. Trotzdem er nie aufgehört, sich mit diesen Themen zu beschäftigen. Seitdem er im vergangenen Jahr von der Agentur „Ansa“ zum Magazin „L'Espresso“ wechselte, intensiviert er noch seine Recherchen und konzentriert sich nur noch auf das organisierte Verbrechen. Er hat sich eingehend mit den Verhandlungen zwischen Staat und Mafia beschäftigt, mit der Ndrangheta und den Verflechtungen zwischen Mafia und Unternehmen. Durch ein Interview mit einem anonymen norditalienischen Unternehmer konnte er erklären, wie die Mafia die Steueramnestie für ausländische Schwarzgeldkonten für gigantische Geldwäscheoperationen nutzte, indem sie gefügte Unternehmen als Strohmannen für illegale Fonds aus dem Ausland auftreten ließ, die daraufhin nach Italien transferiert wurden.

Am 20. Januar berichtete zunächst die Tageszeitung „Il Fatto“, dann die Agentur „Ansa“ über den Inhalt eines anonymen Briefs über ein geplantes Attentat gegen ihn und den nationalen Anti-Mafia-Jäger Pietro Grasso. Die Ermittlungen sind streng vertraulich. Nur über Caltanissetta wo offenbar der

Sprengstoff versteckt wurde, und über Matteo Messina Denaro, den meist gesuchten obersten Mafia-Boss sickerten Informationen durch. Die Attentate sollen auf dem von ihm kontrollierten Gebiet zwischen Palermo und Trapani geplant worden sein.

Josè Trovato, Sizilianer, und viele andere

Nachdem in Sizilien bereits mehrere Journalisten umgebracht wurden, bleibt die Stimmung dort angespannt. Die Geschichte eines Reporters aus der Provinz steht beispielhaft für diejenigen vieler anderer junger Kollegen, die auf der Insel getötet wurden. Josè Trovato, 35-jähriger Korrespondent des „Giornale di Sicilia“ aus Leonforte bei Enna enthüllte erst vor wenigen Monaten eine sich über fünf Jahre hinziehende Reihe von Drohungen.

Für die Tageszeitung von Palermo hatte er seit langem über den Prozess gegen des Boss seines Ortes berichtet, der wegen des Mordes an einem jungen Kriminellen, der ohne seine Billigung tätig wurde, und an dessen Freundin angeklagt war. Der kleine Ort in der Provinz hatte lange als ungefährlich gegolten, „sich mit der Zeit aber als Treffpunkt für die gefährlichsten sizilianischen Clans herausgestellt“. Die Kleinstadt war von der Agrar-Mafia beherrscht, die von öffentlichen Subventionen abhängig ist und einen ausgeprägten Hang zur Kontrolle über das gesamte Territorium und dessen bescheidene wirtschaftliche Entwicklung hat, und deren Aktivitäten sich durch Einschüchterungsversuche und kommerziellen Zwänge auszeichnet. „Obwohl er mehrfach inhaftiert wurde, erlangte der Boss etwa aufgrund von Formfehlern seine eigene Freilassung“, erzählt Trovato. „Daraufhin versuchte er immer wieder, mich persönlich zum Schweigen zu bringen.“ Jetzt ist der Boss endlich dauerhaft wegen Mord in Haft. Trovato ist in Sicherheit, zumindest so lange, bis er einen Anruf von den Carabinieri erhält. Die Wut des Bosses hat sich noch nicht gelegt, das erweist sich aus einem im Gefängnis gefassten Plan für ein Attentat, über das ein vor kurzem freigelassener Informant aussagte. Seitdem gewähren die Ordnungskräfte Trovato besonderen Schutz, auch wenn er nicht formal unter Polizeischutz steht.

Von Palermo über Enna bis nach Catania. Hier lebt und arbeitet der freie Journalist Antonio Condorelli, auch er ist in den Dreißigern. Seine Heimatstadt Catania ist die unerschöpfliche Quelle seiner Arbeit. Er ist einer der am besten informierten dortigen Journalisten. Seine Schwierigkeiten begannen mit der Mitarbeit bei der Dokumentation „I Vicerè“ von Sigfredo Ranucci, die in der Sendung „Report“ ausgestrahlt wurde. Das Programm berichtete ohne ein Blatt vor den Mund zu nehmen über einige der schlimmsten Widersprüche in der Stadt. Von der Pleite des städtischen

Haushalts, über die Lage in den Armenvierteln bis zu nutzlosen Projekten für Millionen von Euro, die Catania aufgrund von Notstandsgesetzen durchführen konnte. Vom Einfluss der Clans auf das Fest der Heiligen Agathe bis zur unglaublichen politischen und wirtschaftlichen Macht des Verlegers Mario Ciancio, der seit Jahren die Medien von Catania kontrolliert und nun zehn Millionen Euro Schadensersatz von der Report-Redaktion fordert. In seiner Tageszeitung „La Sicilia“ äußerte der parteiübergreifende Klüngel aus Politikern und Intellektuellen nach der Sendung Monate lang Empörung über die angebliche Schmutzkampagne gegen „unser schönes Catania“. Condorelli, der sich für eine Provinzzeitung auch mit Müllskandalen beschäftigt, wurde als der gemeine Urheber der Geschichte verunglimpft. „Jedes Mal, wenn ich mit Müll zu tun habe, regt sich jemand in der Provinz Catania auf“, sagt er. Sie machten sich sogar die Mühe, einen Gedenkstein für ihn anfertigen und diesen fotografieren zu lassen, um dem Journalisten das Bild in die Redaktion schicken zu können. Gleichzeitig erhielt er mehrfach anonyme Drohanrufe, die trotz wiederholter Anzeigen niemand im Justizapparat ernst zu nehmen scheint.

Selbst Syrakus ist nicht immun. Giorgio Italia schreibt aus Buscemi, einem kleinen Ort mit rund 1.000 Einwohnern auf einem Hügel 50 Kilometer von Ortigia entfernt, für „La Sicilia“. Die Leute leben hier entweder als Beamte oder von der Landwirtschaft. In der Nacht auf den 13. März beschädigten Unbekannte den vor seinem Haus geparkten Wagen, nachdem Italia bereits wenige Tage vorher zwei Drohbriefe erhalten hatte. Der Journalist hatte sich bislang nie mit brisanten Nachrichten befasst, sondern für die Rubrik Verschiedenes sowie über Theater und Bücher geschrieben. Zuletzt verfasste er allerdings eine Reihe von Artikeln über illegale Weidewirtschaft und Viehdiebstahl, daher das Motiv für die Drohungen. Er hatte nur geringe Aufmerksamkeit auf minimale Interessen gelenkt, aber das veranlasste die kleine Landmafia zu Racheakten gegen den Reporter, der fünf Euro pro Artikel verdient.

In Kampanien beißt der Mensch den Hund

Auch in Kampanien ist die Lage schwierig, auch wenn es im vergangenen Jahr eine positive Neuigkeit gab. Am 10. Juli verurteilte das Gericht von Neapel den Boss Salvatore Giuliano zu zwei Jahren Haft und einer Entschädigungszahlung von mehreren Tausend Euro, nachdem er wiederholt Arnaldo Capezzuto bedroht hatte, der damals für die mittlerweile eingestellte Zeitung „Napolipiù“ schrieb. Das Blatt stellte eine der lebendigsten verlegerischen Unternehmungen der Region dar, weil es vom Journalistenklüngel unabhängig war. Der Journalist hatte sich mit dem zufälligen Tod von Annalisa Durante befasst, die mit 16 Jahren in einer

Gasse ihres Wohnviertels zufällig von einer Patrone getroffen wurde. Während des Prozesses gegen Giuliano wurde Capezzuto im Justizgebäude aufgefordert, den Namen des Camorra-Mitglieds nicht mehr zu erwähnen. Er machte dennoch weiter und berichtete sogar über den Einschüchterungsversuch. Von da an erhielt er zahlreiche Drohbriefe.

Endlich zahlt ein Mafioso für Drohungen gegen einen Journalisten. „Der Mensch beißt den Hund.“. Mit diesen Worten umschrieb der Chefredakteur von „Sauerstoff für Medien“, Alberto Spampinato, dieses Paradoxon. Dabei machte er zugleich auf die völlige Gleichgültigkeit der Presse gegenüber dem Urteil aufmerksam.

„Es hat nichts genützt, das Urteil hat nichts an der Arroganz geändert, mit der allzu oft denjenigen begegnet wird, die über Fakten schreiben, und am mangelnden Bewusstsein für das Problem“, beklagt Capezzuto. Er zeichnet das Bild einer resignierten Medienarbeit, die sich mit Drohungen abgefunden hat. „Niemand spricht darüber. Wenn alle Journalisten, die Drohungen erhalten, Anzeige erstatten würden, müsste man einen eigenen Staatsanwalt einstellen, um die Fälle zu verarbeiten. Vor drei Wochen wurde ein Mitglied der Camorra verhaftet. Seine Verwandten griffen vor dem Polizeihauptquartier die Journalisten an. Das ist durchaus nichts Ungewöhnliches. Vor nicht allzu langer Zeit gab es einen Skandal um sozialen Wohnungsbau. Die Camorra drängte die legitimen Bewohner aus ihren Wohnungen, um nach ihrem Gutdünken darüber zu bestimmen. Niemand durfte sich dem Stadtviertel auch nur nähern, schon gar nicht mit einer Kamera. Häufig legen sie dir bei Pressekonferenzen über große oder kleine Skandale, in die städtische Persönlichkeiten verwickelt sind, die Hand auf den Block, damit du keine Notizen machst. Manchmal haben sie mir das Papier aus der Hand gerissen und weggeworfen. Solche Episoden gehören zur üblichen Einschüchterungstaktik und man muss noch nicht einmal der Camorra angehören, um solche Gesten zu machen. Niemand erstattet Anzeige, stattdessen zensiert man sich selbst.“

Neapel ist auch die Stadt, in der am 5. Dezember 2008 der Journalist Andrea Migliaccio von einem Polizisten geohrfeigt wurde, nachdem er gegen seinen Willen auf dem Kommissariat festgehalten worden war. „Großer Bazar der Kriminalität im Stadtviertel des Kommandanten.- Kommandant Luigi Sementa regiert im Rest der Stadt mit eiserner Faust, aber in seiner eigenen Nachbarschaft werden die Gesetze nicht eingehalten“ So lauten Titel und Untertitel des Stücks, das „E-Polis/Il Napoli“ am gleichen Tag des Angriffs auf den Autor des Textes auf die Seite setzten.

Migliaccio arbeitet auch für die Sendung „Le Iene“ des Mediaset-Kanals „Italia Uno“. In einem seiner Beiträge ging es um einen Priester, der mehrere Gläubigen, die in Schwierigkeiten waren, belästigt haben soll. Daraufhin wurde er am 10. Januar von Anhängern des Geistlichen angegriffen, als er sich mit einem Reporter von Mediaset in der Nähe der Kirche aufhielt. Sie warfen Steine gegen die Windschutzscheibe seines Wagens.

Der Vorfall ähnelt einer Episode, die sich am 8. November in der Nähe von Avellino ereignete, als Barbara Ciarcia und Francesco Lignite, eine Journalistin und ein Kameramann eines Lokalsenders von mehreren Dutzend wütenden Bürgern angegriffen wurden. Sie hatten über den Selbstmord eines Mannes berichten wollen, der zuvor seine Frau umgebracht hatte. In einem Blog schrieb Barbara Ciarcia daraufhin: „Leider wird keiner der Verantwortlichen jemals identifiziert werden. Wir haben keine Anzeige erstattet. Man hätte die Carabinieri und die Gefängnispolizei anzeigen sollen, die dabei waren und nichts getan haben, um den wütenden Mob zu beruhigen, der sich auf meinen Kameramann und mich stürzte, der zu diesem Zeitpunkt im Übrigen gar keine Aufnahmen machte. Wir wurden überdies von Kollegen ausgelacht und verhöhnt. Wir arbeiten und riskieren alles für ein paar Euro. Aus Leidenschaft für diesen Beruf mache ich trotzdem weiter.“

Enzo Palmesano

Die Geschichte von Enzo Palmesano zeigt als exemplarisch, dass die Camorra nicht nur durch den Einsatz von Waffengewalt zu den größten Hindernissen einer freien und vollständigen Information gehört. Palmesanos gesamte Existenz ist ebenso wie die seiner Angehörigen von den Reaktionen auf seine Berichterstattung über kriminelle Vorgänge nördlich von Caserta geprägt. Der Journalist definiert die Gegend rund um seine Heimatstadt Pignataro Maggiore als die „Schweiz der Clans“, weil dort in besonders hohem Maße Geldwäsche betrieben wird. In der Vergangenheit schrieb er mehrfach über das Heizkraftwerk von Sparanise, von dem Roberto Saviano damals in „Il Manifesto“ erklärte, dass Widerstand gegen den Bau der Einrichtung lebensgefährlich war. „Als ich über das Heizkraftwerk schrieb, versuchte der derzeitige Staatssekretär im Wirtschaftsministerium, Nicola Cosentino, dessen Familie an der Anlage verdient, mich zum Schweigen zu bringen“, erklärte Palmesano einem Internet-Sender. Gegen Cosentino einen angeheirateten Verwandten von „Peppe `o Padrino“, seinerseits Mitglied des Casalesi-Clans, liefen in Neapel Ermittlungen wegen äußerer Beteiligung an einer Mafia-Organisation. Die Ermittlungen wurden von der Abgeordnetenversammlung gestoppt.

Palmesano wurde als Chefredakteur der Zeitung „Roma“ entlassen, weil er darauf beharrte, Missstände anzuprangern. Er wollte eine Zeitung produzieren, die ohne Umstände über die Verbindungen zwischen den Clans rund um Caserta, die seit Jahrzehnten mit den Familien von Corleone zusammenarbeiten, mit Unternehmern und scheinbar sauberen Politikern berichtet. Die Ermittler stießen vor kurzem auf klare Anzeichen dafür, dass der mit den Casalesi zusammenarbeitende Clan Lubrano auf den „Corriere di Caserta“ Druck ausübte, um ihn zu feuern. Auch sein Sohn wurde als Mitarbeiter einer Baufirma entlassen. Daraufhin schrieb der Journalist an die Vereinigung für Pressefreiheit „Articolo 21“: „Im Rahmen der Ermittlungen stellte sich heraus, dass der Clan Lubrano-Ligato nicht nur das Ende meiner Zusammenarbeit mit dem ‚Corriere di Caserta‘ verfügt hatte, sondern auch die Entlassung meines Sohns“. Transkripte von abgehörten Telefongesprächen demonstrieren den Hass auf die beiden Journalisten, „die auf die Nerven gingen“, wie sich Clanchef Vincenzo Lubrano ausdrückte, der gemeinsam mit der Familie Nuvoletta den Mord an Giancarlo Siani in Auftrag gegeben hatte. Bei den beiden Reportern handelte es sich um Siani und Enzo Palmesano.

Der freie Journalist Parmesano wurde am 24. Februar 2009 im Rahmen einer Pressekonferenz der Anti-Mafia-Staatsanwälte über die Verhaftung von 15 Mitgliedern des Lubrano-Ligato-Clans öffentlich für seine Unterstützung bei den Ermittlungen geehrt. In der folgenden Nacht konnte er mit seinen Angehörigen gerade noch verhindern, dass sein mit Benzin übergossener Wagen in Brand gesteckt wurde. Er sei nicht der einzige, der in der „Schweiz der Clans“ die Aufmerksamkeit der Camorra auf sich gezogen habe, erklärte Palmesano in der Sendung „Libera Informazione“. „Mindestens drei weitere Reporter aus dieser Gegend haben Drohungen erhalten Carlo Pascarella, Davide De Stavola und Salvatore Minieri. Am 31. Dezember 2007 explodierten im Rahmen einer größeren Operation fast gleichzeitig zwei Bomben. Die eine ging an der Bäckerei der Freundin eines Carabinieri hoch, die zweite an einem Geschäft der Schwester von Carlo Pascarella. Es war sofort die Rede von Schutzgelderpressung, dabei handelte es sich offensichtlich um Einschüchterungsversuche, vor allem um Pascarella Angst einzujagen. Ich war bereits entfernt worden und der junge Davide De Stavola hatte bereits zwei Mal tote Fische als Zeichen auf seinem Wagen gefunden. Nun ging es darum, Salvatore Minieris Wunsch nach Berichterstattung zu ersticken. Ebenso wie De Stavola hatte er noch nicht aufgegeben, auch wenn er nur wenig in seiner Zeitung veröffentlichen durfte. Im Januar 2008 sollte ein nächtliches Attentat die Einschüchterungsversuche auf den Höhepunkt treiben. Mehrere Pistolenschüsse, die auf die Fenster von Minieris Wohnung abgegeben wurden, schlugen im Gitter ein. Salvatore zog nach seiner Entlassung durch die Zeitung sogar ins Molise um, dort arbeitet er in Isernia

für einen Fernsehsender. Diese vier Fälle sind nur im Rahmen einer mafiösen Strategie zu erklären.“ Die drei Journalisten wurden bedroht, nachdem sie sich mit der „Villa del Conte“ beschäftigt hatten, einer beschlagnahmten Immobilie von Mafia-Boss Raffaele Ligato. Sie schrieben, dass das bunkerartige Gebäude sich selbst überlassen war und damit weiterhin der Familie Ligato zur Verfügung stand. „Als ich mit Carlo hinfuhr, um mir ein Bild von der Lage zu machen, stießen wir auf Pietro Ligato, einen Sohn des verhafteten Bosses“, erzählt Davide De Stavola. „Er beriet mit dem Unternehmer Tommaso Verzazzo, einem verantwortlichen der Bio Power, des Unternehmens, das in der Nähe der Villa aus Geldern der Region Kampanien ein Biomasse-Fernheizwerk errichten sollte.“ Carlo Pascarella und Davide De Stavola schrieben damals für das „Giornale di Caserta“. Minieri arbeitete hingegen für die „Gazzetta di Caserta“. „Mit unserer Arbeit hatten wir uns viele Feinde gemacht, vor allem unter den Lokalpolitikern. Irgendwann setzten sie Enzo Palmesano und mich einfach vor die Tür. Pascarella, der als fester Redakteur arbeitete, hat sich anpassen müssen.“ Seit Januar 2008 heißt die Zeitung „Buongiorno Caserta“. Bei dieser Umstrukturierung wurden sämtliche freien Mitarbeiter eingespart, Seiten über einzelne Gegenden gibt es nicht mehr, erklärt De Stavola. „Die Zeitung wird jetzt voll und ganz in der Redaktion gemacht. Salvatore Minieri durfte eine Zeit lang nicht mehr schreiben, am Ende ist er zu Tele Molise gegangen.“ Die Presse unterstehe vollständig der Arroganz und Überheblichkeit der Politik. „Das ist sicher nicht nur bei uns so, schade nur, dass wir hier auch noch die Mafia haben, die die Politik und damit auch die Medien beeinflusst.“

Zwei der insgesamt vier Herausgeber aus Caserta und Umgebung wurden in den letzten beiden Jahren verhaftet. Maurizio Clemente, der Herausgeber des „Corriere di Caserta“, wurde 2003 der Prozess gemacht, weil er durch Erpressung an Werbeverträge gekommen war. Pasquale Piccirillo, Chef des Verlags, der „Buongiorno Caserta“ und „TV Luna“ herausgibt, wurde hingegen im vergangenen Januar verhaftet, weil er das Wirtschaftsministerium betrogen hatte. Nach einer Rekonstruktion der Staatsanwaltschaft von Santa Maria Capua Vetere erschlich er durch gefälschte Rechnungen Fördermittel in Höhe von 782.000 Euro.

In Apulien explodieren Autos

Sizilien und Kampanien sind ebenso an die Macht krimineller Vereinigungen gewöhnt wie Apulien, wo die Sacra Corona Unita von den landesweiten Medien ignoriert wird, obwohl ihr Einfluss ungebrochen ist. Der heiße Herbst der Journalisten beginnt in Apulien am 14. Oktober 2009, als in der Nähe von Foggia das Auto von Angelo Ciavarella, einem Biologielehrer aus San Severo mit einer Leidenschaft für Journalismus, die ihn für die „Gazzetta del

Mezzogiorno“ schreiben lässt, in die Luft fliegt. Er schreibt über Politik, die Gerichtsberichterstattung wird von der Redaktion in Foggia betreut. Wenn sie aber San Severo betrifft, wird sie auf den Provinzseiten ohne Namenszeile neben Artikeln veröffentlicht, die seinen Namen tragen. Er ist überzeugt, dass sie es deshalb auf ihn abgesehen haben, vermutlich hatten sie ihm Zeilen zugeschrieben, die er nicht verfasst hat. Die Ermittler hüllen sich in Schweigen.

Drei Wochen später wird der Wagen von Gianni Lannes in die Luft gesprengt. Am 2. Juli war es bereits angezündet worden. Zwei Wochen später hatte es einen Sabotageakt an den Bremsen seines Zweitwagens gegeben. Er gibt die Online-Zeitung „Terra Nostra“ mit Entüllungsgeschichten über Kriminalität, Menschen-, Waffen- und Drogenhandel heraus. Er schreibt vor allem über Umweltthemen, einige seiner Artikel über das Abladen radioaktiven Sondermülls auf hoher See wurden von anderen Blogs wieder aufgenommen. Leoluca Orlando beantragte daraufhin eine Anhörung des Innenministers, um ihn unter Polizeischutz stellen zu lassen. „Es gibt keine Ermittlungen über die Attentate“, erklärte Lannes gegenüber „Il Fatto Quotidiano“, nachdem er aus Protest auf weitere Veröffentlichungen verzichtet und auf der Internet-Seite www.italiaterranostra.it geschrieben hatte: „Wir sind frei und unabhängig, aber wir riskieren nicht das Leben unserer Mitarbeiter“. Lannes steht erst seit dem 22. Dezember 2009 unter Polizeischutz.

Abruzzen

In der Erdbebenregion mit den Skandalen um das Gesundheitswesen hat die RAI-Journalistin Daniela Senepa am 14. Januar eine Todesdrohung erhalten. Die Ansichtskarte aus den Abruzzen mit einem wenig anziehenden Text lag morgens auf ihrem Computer. „Ich habe sie ruhig in die Hand genommen. Zuschauer schicken mir häufig Glückwünsche“, erzählt die Reporterin. „In diesem Fall ging es hingegen um einen der großen Prozesse um Skandale im Gesundheitswesen, der in den kommenden Monaten in Pescara eröffnet wird. Es ging vor allem um einen Verdächtigen. Ich hätte diesen Armen attackiert, gegen den die Staatsanwaltschaft gemeinsam mit weiteren 31 Verdächtigen Anklage erhoben hat. Die Medien hatten ihn bereits freigesprochen, deswegen sollte ich ein schlechtes Ende nehmen. Unglaublich, das Gericht macht einem mutmaßlichen Dieb den Prozess, ich schreibe, was die Staatsanwaltschaft tut und soll dafür sterben!“

Daniela Senepa befasst sich für das Regionalstudio der RAI seit Jahren mit Verbrechen und Prozessen. Sie dokumentierte täglich das Erdbeben, das am 6. April ihre Region verwüstete und sie ist auch bei dem anderen Erdbeben,

das die Region erfasst hat, an vorderster Front, bei den mutmaßlichen Schmiergeldern im Gesundheitsbereich. Die Affäre führte 2008 zur Verhaftung des Regionalgouverneurs Ottaviano del Turco sowie einiger anderer Regionalpolitiker und Unternehmer. „Das ist keine organisierte sondern politische Kriminalität“, sagt sie wütend. „Ich bin mir sicher, dass diese Drohung aus einer bestimmten Ecke kommt, die durch Falschinformation bislang immer geschützt wurde. Es geht um gefälschte Dossiers, die angeblich die Unschuld des ‚armen‘ Angeklagten beweisen, auf den die Postkarte anspielt.“

Die Staatsanwaltschaft von Pescara habe daraufhin Ermittlungen aufgenommen, erzählt die Journalistin. „Patrouillen kamen regelmäßig bei mir und meinen Eltern vorbei. Es ist wahnsinnig, von der Polizei kontrolliert zu werden, vor allem weil damit nötige Sicherheitskräfte abgezogen werden. Und schließlich bin ich nicht kriminell. Ich fühle mich unfrei. Und wozu das alles? Weil ich die Akten der Staatsanwaltschaft gelesen habe, weil ich daraufhin zu anderen Schlüssen kam als die überparteiliche Macht, die entscheidet, wer schuldig ist und wer nicht. Das ist doch verrückt!“

Di RAI-Journalistin hat darauf bestanden, weiter über die Skandale im Gesundheitswesen berichten zu können. Andernfalls wäre es „ein Sieg dieser Idioten“ gewesen, sagt sie. Die meiste Solidarität habe sie vom Publikum erfahren. „Von unten gibt es Impulse von Gerechtigkeit. Mein eigentlicher Schutz sind die Menschen. Von Kollegen habe ich Solidarität aber auch Neid erfahren, denn es gibt auch Idioten, die denken, dass Du mit solchen Geschichten in einer Art Himmel landest.“

Nello Rega

Nello Rega (43), RAI-Journalist, hat in den vergangenen Monaten zahlreiche Drohbriefe erhalten. Auf dem Höhepunkt der Kampagne erhielt er gemeinsam mit einem Todesurteil im Namen von Allah mehrere Patronenhülsen des Kalibers 22. Die Drohbriefe wurden an die Teletext-Redaktion in Rom geschickt, in der er arbeitet. Die Drohungen wurden unter der Tür durchgeschoben oder auf die Windschutzscheibe geklemmt. „Ich bin sicher, dass man mir folgt, denn einige Briefe habe ich erhalten, während ich bei Freunden zum Abendessen war“, meint Rega. „Damit demonstrieren sie, dass sie nicht nur meine Wohnung beobachten sondern mich rund um die Uhr überwachen.“

Drohungen

Der Journalist ist ins Fadenkreuz selbst ernannter libanesischer Schiitenextremisten geraten, weil er in brisantes Buch veröffentlicht hat. Darin erzählt er über seine Erfahrungen im Nahen Osten, seine Kontakte mit der islamischen Kultur und sein Zusammenleben mit einer jungen Schiitin. „Diversi e Divisi“ („Verschieden und getrennt“) ist die Geschichte einer „Liebe zwischen einem Mann und einer Frau, die sich beim Kommunizieren, Küssen und Liebe Machen grundlegend unterscheiden“, heißt es im Klappentext.

Die Offensive startete noch bevor das Buch im Handel erhältlich war. Die Nachricht, dass er das Buch schreiben wollte, hatte sich allerdings im Internet und über Blogs verbreitet. Die ersten Patronen fand er Ende September auf dem Parkplatz der RAI-Zentrale Saxa Rubra. Dann kamen unaufhörlich Drohungen. Abgeschlagene Köpfe von Lämmern im Wagen und offene Drohungen an die Adresse seiner Mutter. „Du wirst in Allahs Namen durch die Hand der Hisbollah sterben, weil Du im Fernsehen Lügen verbreitest“. Und dann die Patronen. „Jetzt habe ich Angst. Ich möchte weiter machen, mich nicht zum Schweigen bringen lassen, aber ich bin von den Institutionen isoliert und habe keine zuverlässigen Ansprechpartner, das ist wirklich verrückt“, sagt Rega. „Wenn ich nach Potenza zu meiner Mutter fahre, werde ich geschützt, wenn ich woanders hin fahre, bin ich in Gottes Hand.“ Er spricht seine Angst aus und seine Sorge darüber, dass sie ihn „nur zur Hälfte“ schützen. So seien die Sicherheitsmaßnahmen unnütz, eine Verschwendung öffentlicher Gelder, meint er. Seltsam, wenn Felice Belisario von der Partei „Italia dei Valori“ seine Forderung nach Schutz für Rega mit der Begründung rechtfertigen muss, dass Ermittlungen gegen Rega aufgenommen worden wären, wenn er Lügner oder Verrückter aufgetreten wäre. „Das ist aber nicht der Fall. Seit drei Monaten bitte ich den Innenminister um eine Intervention. Auf Briefe, parlamentarische Anfragen und Bitten um persönliche Begegnungen habe ich keine Antwort erhalten. Nur bedauerndes Schweigen.“ Senator Belisario, die Journalistengewerkschaft und „Sauerstoff für Medien“ richteten zahlreiche Anfragen an den Minister, aber noch immer gibt es keinen Schutz für einen Mann, der sein Leben riskiert.

Im tiefen Nordosten

„Hast du die Patronen erhalten?“, fragt ein Anrufer in einer Live-Sendung morgens um 8.40 Uhr. Fabio Fioravanti ist mit seinem täglichen Programm auf „Antenna Tre Nordest“ auf Sendung. Die Stimme klingt ebenso klar wie die Drohung. Es ist nicht das erste Mal. Bereits 2007 war Fioravanti Opfer eines Einschüchterungsmanövers. Damals war es ein Brief mit Drohungen gegen ihn sowie mehrere Staatsanwälte, Politiker und Industrielle aus Venetien, unterzeichnet von der „Prima organizzazione terroristica triestina“. Das Pulver in dem Umschlag hielt man für Anthrax, es erwies sich jedoch als

harmlos. Als Urheber verurteilte das Gericht von Triest einen vorbestraften Mann zu 25 Monaten Haft. Fioravanzi reagiert zornig auf den Telefonanruf, aber er bleibt auf Sendung und erstattet Anzeige.

Tiefer Norden. Nordosten. „Wo das organisierte Verbrechen scheinbar keinen Einfluss hat, keine Geschäfte macht“, sagt am Telefon Fabio Folisi, wo die scheinbare Ruhe in letzter Zeit jedoch ideale Bedingungen für Geldwäsche bietet, vor allem aufgrund der Nähe zur slowenischen Grenze. Dort gibt es Spielcasinos, die offenbar von Clans aus Catania unterwandert sind. Folisi (51), ist verheiratet und hat einen Sohn. Er koordiniert die Redaktikon von „E-Polis/Friuli“ und ist Chefredakteur der Online-Zeitung „Friulinews“. Am vergangenen 11. Februar entdeckte er beim Verlassen der Redaktion nachmittags um fünf Uhr einen Umschlag, den jemand an seinen Wagen geheftet hatte. In einem Brief voller Grammatikfehler wurde er aufgefordert, sich gefälligst um seine eigenen Angelegenheiten zu kümmern. Als Beigabe enthielt der Umschlag eine Patrone. „Der Wagen gehörte nicht mir“, berichtet Fioravanzi, ich hatte ihn wenige Tage zuvor geliehen, weil meiner in Reparatur war. Das bereitete den Ermittlern Sorgen, denn jemand musste mir gefolgt sein. Niemand außer den Kollegen und meiner Familie wusste, welchen Wagen ich in diesen Tagen benutzte.“

Es war nicht die erste Drohung für Fioravanzi. „Ich erhielt bereits vor zwei Jahren einen Brief. Damals beschäftigte ich mich mit den Plänen für die neue Fernheizung des Krankenhauses von Udine.“ Die Drohungen kamen wegen einer seiner Berichte über die Vergabe öffentlicher Aufträge. „Vermutlich spekulieren Politiker beider Seiten aus persönlichem Interesse auf einen Anteil an der Torte. Ich habe über die Bauarbeiten für die dritte Spur der A4 geschrieben, ein Geschäft für 2,3 Milliarden Euro, über eine Kläranlage, wegen der der gesamte Verwaltungsrat des Unternehmens vor Gericht gestellt wurde, der für die Pläne verantwortlich war. Damit will ich ausdrücklich nicht sagen, dass ich wegen dieser Affären im Besonderen bedroht wurde“, betont Fioravanzi. Natürlich könne er eine mögliche Beteiligung der Mafia nicht ausschließen. Wahrscheinlich handle es sich jedoch eher um klassische politisch-wirtschaftliche Machenschaften.

Auch in Genua

Journalisten im Fadenkreuz, ob im Norden oder im Süden. In Venetien, Friaul, der Lombardei und Ligurien. Bekannte Autoren, Namen, die in Verbindung mit brisanten Recherchen stehen. Marco Menduni (48) ist Reporter für „Il Secolo XIX“ mit Hauptsitz in Genua. Erst vor wenigen Tagen hat er einen Scoop gelandet, indem er einen Skandal um gefälschte Unterschriften bei den Listen für die Regionalwahlen aufdeckte. Die

Staatsanwaltschaft nahm umgehend Ermittlungen auf. Er ist seit Jahren Experte für schwierige Recherchen über das organisierte Verbrechen, Verschwendung öffentlicher Gelder sowie Vetternwirtschaft im Gesundheitswesen und in der Politik.

„Es geschah am 1. Januar dieses Jahres. Der Wagen ging nachts vor dem Haus in Flammen auf. Es war ein besonderes Auto, sie mussten also nicht erst lange suchen, ein Smart Roadster, den man nur selten sieht. Jeder weiß, dass er mir gehört. Mit der Feuerwehr kam auch die Antiterrorgruppe der Polizei, weil bekannt war, dass ich bereits zuvor bedroht worden war. Ich habe an viele Interessen gerührt, deshalb ist es nicht leicht, die Hintergründe dieses Vorfalls zu ergründen. Ich stehe bei vielen auf der Liste.“ Auch die Ermittler finden keine Erklärung. Der angezündete Wagen ist nur der beunruhigende Epilog einer langen Serie von Warnungen. „2005 hatte es eine Art nächtlicher Invasion im Eingangsbereich der Redaktion gegeben, sie gossen Müll aus und kritzelten ‚Menduni, der Schlächter‘ an die Wand. Darauf folgten noch andere weniger auffällige Vorfälle, Zettel mit ähnlichen Worten auf einem Werbeplakat für ‚Il Secolo XIX‘ in der Altstadt.“

Und das soll nichts mit der Mafia zu tun haben? „Ich will keine unnötige Verbindung herstellen. Aber das organisierte Verbrechen gibt es auch bei uns. Auch hier gibt es mafiöse Familien, Beschlagnahmungen und ähnliches. Sicher bin ich in dieser Hinsicht besonders exponiert. Es kommt darauf an, wie du deinen Beruf verstehst, ob du gute Arbeit leisten willst. Das ist überall schwierig und in Genua herrscht ein besonders verschlossene Mentalität. Ich will nicht sagen, hier herrsche das Mafia-Gesetz des Schweigens, aber die Machteliten sind jedenfalls sehr reserviert. Hier ist es sehr schwer, den Dingen auf den Grund zu gehen.“

Giulio Cavalli

Für Giulio Cavalli, geboren 1977, ist es wie für viele andere nicht das erste Mal. Cavalli ist nicht Journalist sondern Schauspieler, Regisseur sozialkritischer Stücke, der seine Texte in Zusammenarbeit mit Reportern und Staatsanwälten selbst schreibt. Er steht seit Jahren unter Polizeischutz. Vor vier Jahren hat er „Do ut des“ aufgeführt, ein spöttisches Stück über Mafia-Bosse. Todesdrohungen bringen ihn nicht zum Schweigen. Seit einigen Wochen ist das Risiko für ihn aufgrund seiner Kandidatur bei den Regionalwahlen noch gestiegen. Er kandidiert in Varese, nicht etwa in Kalabrien, Sizilien oder Kamapanien, sondern in der Lombardei. Für ihn bestehen die gravierenden Einschüchterungsversuche nicht in anonymen

Telefonanrufen oder Drohgesten sondern in der vorsätzlichen Gleichgültigkeit breiter Gesellschaftsschichten und der Politik gegenüber dem Phänomen der Mafia. Denn offiziell existiert die Mafia in Mailand nicht, ist die Lombardei nicht von diesem Krebsgeschwür befallen. Selbst der Polizeipräfekt Gian Valerio Lombardi betonte diese Überzeugung in den vergangenen Monaten erneut. Auch in Ragusa hatte es solche Äußerungen gegeben, als Giovanni Spampinato getötet wurde. Ebenso in Barcellona bei Messina, als Beppe Alfano umgebracht wurde und in Catania, als Pippo Fava von fünf Pistolenschüssen im Genick getroffen wurde. „Wir hatten in den vergangenen Tagen am Sitz der Partei Drohbriefe und einen Anruf erhalten, später fanden wir eine Patrone am Eingang der Redaktion in der Via Lepontina. Wir hatten jedes Mal Anzeige erstattet, die Episoden aber nicht miteinander in Verbindung gebracht“, schrieb Cavalli in einer Presseerklärung. „Immer wieder sind wir Einschüchterungsversuchen ausgesetzt, die immer enger mit dem politischen Engagement in Verbindung stehen, zu dem wir uns entschlossen haben.“ Zuletzt ging es um Flugblätter auf den Autos vor einer Filiale der Bank Intesa San Paolo im Viale Monza in Mailand. „Die Mafia kontrolliert die Filiale der Bank in der Via Palmanova.“ Genau dort hatten Cavallis Unterstützer ein Konto eröffnet. Wohl eher kein Zufall. Später kamen weitere Patronen, insgesamt 23, vor dem Oscar-Theater, wenige Stunden, bevor der Vorhang aufging. Die Vorführung wurde daraufhin abgesagt. Er stellte sich persönlich auf die Bühne, um dem Publikum die Gründe für die Absage zu erklären und es Mal um Solidarität zu bitten.

In der Lombardei gibt es keine Mafia

„In der Lombardei gibt es keine Mafia“, obwohl 2008 in der Provinz Monza-Brianza innerhalb weniger Monate drei Bauunternehmer getötet wurden. Die Morde sind auf einen Bandenkrieg unter den örtlichen Ndrangheta-Familien zurückzuführen. Es gibt sie nicht, obwohl der Ort Buccinasco wegen Mafia-Verbindungen unter kommissarische Leitung steht. Obwohl seit langem flüchtige Mafiosi hier gefasst werden. Obwohl mittlerweile sicher ist, dass die Clans ein starkes Interesse an Milliardenaufträgen für die Weltausstellung Expo 2015 hegen. Es gibt die Mafia jedenfalls nicht in der lokalen Berichterstattung. „Sie kommt nicht vor, denn im Lokalteil auch der größten Zeitungen geht es immer nur um einzelne Mordfälle oder mafiöse Vorgänge“, sagt Gianni Barbacetto von der Beobachtungsstelle über das organisierte Verbrechen in Norditalien. „Ich habe noch keinen Artikel gelesen, der die Fälle miteinander in Verbindung gebracht hätte oder in dem über das Ausmaß der mafiösen Unterwanderung berichtet worden wäre.“ Die Redakteure von „Narcomafie“, die in Turin eine Monatszeitschrift produzieren, beklagen ein Informationsproblem. „Offenbar sind Lokalredakteure noch nicht

in der Lage, über die Mafia zu berichten, obwohl sie mittlerweile seit dreißig Jahren im Norden tätig ist.“

Wer sich dennoch daran versucht, muss mit Konsequenzen rechnen. Davide Bortone schrieb aus Buccinasco, Gaggiano und Cusago für „Il Giorno“. Er gab die Online-Zeitung „Giornalelibero.com“ heraus, in der er Hintergrundberichte über das organisierte Verbrechen und die Unterwanderung der Stadtverwaltung veröffentlichte. Häufig ging es dabei um die kalabresische Ndrangheta-Familie Barbaro-Papalia, die in der Gegend um Assago, Buccinasco, Cesano Boscone, Corsico und Trezzano sul Naviglio aktiv ist. Am 18. Juni 2009 schlug man ihm daraufhin die Heckscheibe seines Wagens ein. Auf seiner Internetseite äußert er Vermutungen über Motive der Mafia für die Tat. Am nächsten Tag berichtet er, das südlich von Mailand Giftmüll abgeladen wird. Als er über Roma-Siedlungen schrieb, hatte ihm jemand sogar einmal ins Gesicht geschlagen.

Er hat den Beruf gewechselt, arbeitet nicht mehr als Journalist. Das kündigte er persönlich auf seiner Internetseite an. „Liebe Leser, zu meinem großen Bedauern muss ich Ihnen mitteilen, dass ‚GiornaleLibero.com‘ aus Mangel an Sponsoren eingestellt wird. Danke für die Unterstützung, die Sie uns in dieser schwierigen Zeit geleistet haben.“ Südlich von Mailand ist niemand bereit, eine Antimafia-Zeitung zu finanzieren.

Massimiliano Saggese, Korrespondent für „Il Giorno“, ist am 10. Mai 2008 gemeinsam mit der Fotografin Mara Del Fante in Pieve Emanuele südlich von Mailand von 15 Personen angegriffen worden. Man schlägt sie brutal ins Gesicht, traktiert ihren Wagen mit Fußtritten. Sie hatten über einen Autounfall berichtet, dem ein 17 Monate altes Mädchen zum Opfer fiel. Sie hatte die Wagentür geöffnet und war heraus gefallen. Gegen die Mutter laufen Ermittlungen, weil es keinen Kindersitz im Wagen gab. „Ich hatte über den Vorfall berichtet und war am Tag darauf mit der Fotografin nach Pieve gefahren, um die weitere Entwicklung zu verfolgen. Man erkannte uns und griff uns an. Zu der Gruppe gehörte auch ein mehrfach vorbestrafter Tankwart, über den ich bereits geschrieben hatte. Sie gehörten dem Camorra-Clan Pesce aus Pianura an.“ Dabei handle es sich nicht um die gleichnamige Familie aus Rosarno, betont Saggese. „Die hiesige Familie kontrolliert das System der Schutzgelderpressung in Pianura“. An den Orten, von denen aus er berichtet, könne man das organisierte Verbrechen buchstäblich riechen. „Sie führen Lokale, Eisdielen Bars und Restaurants“. Allein in Rozzano seien 8.000 von insgesamt 40.000 Einwohnern vorbestraft. „Am Tag der Trauerfeier für das tote Mädchen durfte an den Kiosken keine Zeitung mit Artikeln über den Unfall und den Angriff auf uns aushängen.“

Auch Saba Viscardi, der für „Merateonline“ schreibt, hat nach einem Bericht über einen Verkehrsunfall vom 10. Juni 2009 Schläge einstecken müssen. Sie war auf einen Balkon geklettert, um einen Unfallort in Imbersago in der Provinz Lecco zu fotografieren. Der Sohn des Verletzten verfolgte sie und ohrfeigte sie. Obwohl die Polizei sich schützend vor sie stellte, gelang es der Ehefrau des Sterbenden, ihr die Handtasche ins Gesicht zu schleudern.

Der Blog von Roberto Galullo (46), Korrespondent für „Il Sole 24 Ore“ und Moderator bei „Radio24“ nennt sich „Guardie o ladri“ („Wächter oder Diebe“). Er schreibt von Mailand aus über Mafia, Politik, üble Machenschaften und Mitwisser. Wegen der Nennung von Namen und der Veröffentlichung von Urteilen ist er Racheakten ausgesetzt. Erst vor wenigen Wochen bekam er Post vom Anwalt einer sizilianischen Mafia-Familie, die sich in der Lombardei angesiedelt hat und im Bericht eines Staatsanwalts für die parlamentarische Antimafia-Kommission erwähnt wird, den Galullo exklusiv in seinem Blog veröffentlichte. Der Anwalt forderte Galullo in dem Schreiben auf, jede weitere Erwähnung seines Mandanten zu unterlassen. Einen entsprechenden Brief mit unverhüllten Drohungen erhielt er nach einem Artikel über den wachsenden Einfluss der Ndrangheta auf das öffentliche Leben in der Region von einem anderen Anwalt, der einen der mächtigsten Clans von Gioia Tauro vertrat. Diesmal ging der Briefschreiber einen Schritt weiter, indem er warnte, dass der Blog täglich kontrolliert werde. „Ich bin immer für Vertraulichkeit gewesen“, erklärt Galullo. „Die Ermittlungen laufen, deshalb kann ich nicht mehr sagen. Ich schreibe jedenfalls weiterhin. Die Drohungen bereiten mir nicht übermäßig Sorgen. Sie sind wesentlich gefährlicher, wenn sie von Kollegen von der Presse aus Kalabrien stammen.“

Journalisten unter Beschuss in Kalabrien

„Journalisten unter Beschuss“, titelt der „Quotidiano della Calabria“ am 23. Februar einen seltenen Aufschrei. Gewöhnlich zeichnet sich die von Matteo Cosenza herausgegebene Zeitung durch Nüchternheit aus. Der außergewöhnlich alarmierende Titel lässt sich nur mit dem ungeheuren Druck erklären, dem Journalisten am Beginn dieses Jahres in Kalabrien ausgesetzt waren. Innerhalb von drei Wochen gab es Todesdrohungen gegen fünf Kollegen, innerhalb von zwei Monaten stieg die Zahl auf sechs, bis zum Sommer auf acht. Hinzu kommen weitere Fälle, in denen nicht Anzeige erstattet wird und die Personen betreffen, die es noch nicht einmal zu einer Nachricht in einer Lokalzeitung bringen. Acht Fälle allein in Kalabrien,

während der „Sauerstoff für Medien“-Bericht für 2006-2008 weitere acht Fälle verzeichnet.

Nicht nur die Betroffenen äußern Besorgnis über diese Vorfälle sondern auch die Ermittler. Die Zahlen bestätigen, wie gefährlich in Kalabrien das Handwerk von Journalisten ist, die über eine Region berichten, in der die Demokratie wesentlich weniger transparent als anderen Landesteilen ist.. „Die Mächtigen entscheiden in Kalabrien darüber, wer was wo wann tun darf“, beklagt der Chefredakteur des „Quotidiano della Calabria“. Die acht Einschüchterungsversuche der vergangenen Monate zeigen in Verbindung mit den acht Fällen der vergangenen Jahre, dass das Phänomen ein exponentielles Wachstum angenommen hat.

Landesweite Medien halten diese Gegend und dieses Thema weiterhin im Dunkeln. Nur „La Repubblica“ erzählte an jenem 23. Februar im unteren Teil der Seite 21 über den Einschüchterungsversuch gegen den eigenen Korrespondenten Giuseppe Baldessarro, der als Zielscheibe der Ndrangheta zugleich für den „Quotidiano“ schreibt.

Der Brief erreichte die Redaktion von Reggio Calabria am 22. Februar, er war zwei Tage zuvor abgestempelt worden. In dem handgeschriebenen Umschlag fanden sich drei Patronen und die aus Zeitungsschnipseln zusammen gesetzten Worte „Weitermachen bedeutet Tod“. Baldessarro gelingt es nicht, diese Reaktion mit einem bestimmten Artikel in Verbindung zu bringen. Er ist Gerichtsberichterstatte, wie viele andere Kollegen hat er sich sowohl für den „Quotidiano“ als auch für „La Repubblica“ nicht nur mit diesem Thema befasst. „Im vergangenen Monat habe ich über mehrere wichtige Prozesse berichtet, unter anderem über die Verfahren um das Massaker von Duisburg und den Bandenkrieg von San Luca“, sagt Baldessarro. „Ich habe über die Bombe vor der Staatsanwaltschaft von Reggio Calabria vom 3. Januar geschrieben, über das Waffenarsenal, das in einem Wagen am Tag des Besuchs des Staatspräsidenten gefunden wurde, und über die Revolte von Rosarno.“

Vermutlich löste jedoch ein Artikel vom 19. Januar über die Strategie des Clans von Pietrastorta für die Regionalwahlen von 2005 die Drohung aus. Darin hatte er exklusiv auch Ausschnitte aus abgehörten Gesprächen zwischen einem Mitglied des Clans aus Reggio Calabria und einem Abgeordneten des Regionalparlaments veröffentlicht.

Mit der gleichen Collage-Technik wurde aus dem Titel eines seiner Artikel eine Todesdrohung gegen Filippo Cutrupi verfasst, der aus Reggio Calabria für „La Stampa“, „Il Giornale“ und „QN“ berichtet. Der Brief kam am 15.

Februar bei seiner Schwester an. Neben einem Kreuz über seinem Namen hieß es darin "Hör auf zu schreiben". Am 4. Januar hatte er in der Tageszeitung „Il Giornale“ einen Artikel unter dem Titel „Die Ndrangheta greift den Staat an“ veröffentlicht. Darin hatte er über die Bombe am Eingangstor zum Gebäude der Staatsanwaltschaft berichtet, der die Ermittler selbst eine starke symbolische Bedeutung zuschrieben. Damit sollten die Ermittler unter Leitung von Oberstaatsanwalt Giuseppe Pignatone und seinem Kollegen Salvatore Di Lando eingeschüchtert werden, die die Beschlagnahmung von Vermögen veranlassen und gegen die Clans vorgehen. Sie tun das in Berufungsverfahren, in denen in der Vergangenheit viele Urteile abgemildert wenn nicht gar aufgehoben wurden. Die meisten Zeitungen verzichteten in diesen Tagen auf Exklusiv-Berichterstattung, kein Korrespondent ist bereit, sich zu exponieren. Deshalb äußert sich Cutrupi überrascht, dass in dem Brief auf die Bombe von Reggio Calabria angespielt wird. „Die Lage hat sich in jedem Fall verschlechtert“, beklagt Cutrupi. „Als Franco Fortugno getötet wurde, war ich der einzige, der am Tag danach schrieb, wer die Auftraggeber sein könnten. Das war sicher wesentlich gefährlicher als die Berichte über die Bombe von Reggio, trotzdem passierte mir damals nichts.“

Filippo Cutrupi und Giuseppe Baldessarro halten als Kalabresen in ihrer schwierigen Heimat die Stellung und stellen damit für die Clans einen Störfaktor dar. Nach der Logik der kalabresischen Mafia sind sie „niederträchtige Verräter“. Michele Albanese vom „Quotidiano“ erläutert das hiesige Verständnis von Niedertracht mit dem Hinweis auf die bisherige Berichterstattung über die Aktivitäten der Clans. „Der häufig sehr folkloristische Stil war kein Problem für die Ndrangheta. Unbewusst trug er vielmehr zum Ruf der lokalen Mafiachefs bei und stärkte damit ihre Autorität. Mittlerweile hat sich die Herangehensweise von Staatsanwaltschaft und Medien geändert. Ich habe meinen Beruf immer als Mittel zur Emanzipation für die Menschen hier gesehen. Die Ndrangheta will die Kalabresen versklaven. Aufgabe des Journalismus ist es dagegen, die Bürger zu informieren und über ihre Rechte aufzuklären. Das macht uns nach der Logik der Mafia zu niederträchtigen Verrätern.“ Als niederträchtig gelten in Kalabrien auch Kronzeugen. Der Begriff zeigt einen Kurswechsel von Verbrechern an, die damit zugleich die Fronten gewechselt haben.

Michele Albanese erhielt die jüngste Drohung am 28. Januar per Post. Der Brief wurde der Zentralredaktion in Castrovillari zugestellt. Nach Artikeln über Rosarno kam das Kreuz als Zeichen des Todes neben seinem Namen. Es war nicht das erste Mal. Albanese und seine Familie stehen mittlerweile unter Polizeischutz. Der zuständige Staatsanwalt von Palmi hat die Ermittlungen über den Fall nach gehäuften Einschüchterungsversuchen an die Antimafia-Direktion von Reggio Calabria abgegeben. „Die direkten Drohungen sind nur

die Spitze des Eisbergs“, meint Albanese. „Wir schreiben hier jeden Tag über Kriminelle, die man ohne Weiteres in der Bar trifft oder in der Elternversammlung der Klasse deines Sohnes. Unsere gesamte Existenz ist von der Gefahr geprägt, die die Arbeit des Journalisten in dieser Gegend mit sich bringt.“

In Kalabrien gerät man ins Fadenkreuz, wenn man über Prozesse oder das Vorgehen der Justiz, berichtet. Michele Inserra aus Salerno, der nach zehnjähriger journalistischer Erfahrung mit Justizberichterstattung in der Lokalredaktion des „Quotidiano“ in Siderno anfang, wurde zwei Mal innerhalb von anderthalb Monaten zur Zielscheibe. Zuletzt schickte man ihm an die Adresse der Redaktion am 22. März eine Patronenhülse. Sie klebte an einem Zeitungsausschnitt mit seinem Namen. Am Vortag hatte er über die politischen Interessen eines mutmaßlichen Mafioso bei den Regionalwahlen 2005 geschrieben, der später getötet worden war und dessen Killer im Rahmen der Operation „Mistero“ der Antimafia-Direktion von Reggio Calabria verhaftet worden war. Am 4. Februar hatte dagegen sein Artikel über das Massaker von Duisburg einen Racheakt ausgelöst. Dabei ging es um den Fetida-Prozess, der Licht in den Bandenkrieg von San Luca bringen soll. Am Verhandlungstag sagen die deutschen Ermittler aus, die die Identität eines der Mörder rekonstruiert haben. Sie sind überzeugt, dass es sich bei dem Mann auf dem Phantombild um Domenico Nirta handelt, einen 30-jährigen Pizzabäcker, der in Deutschland lebt. Nach einer Verhaftung wurde er von allen Vorwürfen freigesprochen und freigelassen. Es gibt keinen Haftbefehl gegen ihn, obwohl die deutschen Ermittler ihn für ein Mitglied des Clans von Kaarst halten. Inserra weiß, dass es bald einen Haftbefehl geben wird und berichtet, dass er Domenico Nirta in San Luca gesehen hat, dass er vermutlich bereits die Koffer gepackt hat, um sich außerhalb von Italien in Sicherheit zu bringen. Am Tag darauf wollte er nach San Luca fahren, um zu sehen, ob Nirta sich noch immer in den Aspromonte-Bergen aufhielt oder schon jenseits der Alpen.

„Ich wollte ihn finden, stattdessen hat er mich gefunden“, erzählt der Journalist. „Er hat mich zunächst zu Hause angerufen und dann in der Redaktion, um mir mitzuteilen, dass ich in San Luca unerwünscht sei, dass ich seinen Namen besser nicht mehr erwähnen sollte“. Bei der Verhandlung am nächsten Tag kommt ein junger Anwalt auf Inserra zu, der die Warnung wiederholt. Wenige Tage später teilt ihm Nirtas Anwalt mit, dass er ihn wegen Rufmord verklagen wird.

Kalabrien brennt wie der Titel eines Buchs von Mauro Minervino, dem kalabresischen Schriftsteller, den die Veröffentlichung seiner Recherchen in Buchform isolierte und diskreditierte. Das Buch richte Schaden an, denn es

beschreibe sensationslüstern Stereotypen, hieß es. Minervino lehrt weiter Kulturanthropologie, niemand will aber mehr seine journalistischen Arbeiten veröffentlichen.

Kalabrien brennt wie der Wagen des 26-jährigen Bloggers Antonino Monteleone, der seit Jahren unter anderem über die Wäschereien des in Reggio Calabria herrschenden Clans De Stefano schreibt. Dabei geht es um Geldwäsche in mehreren Geschäften der Innenstadt an der längsten Strandpromenade in Europa. Monteleones Wagen flog am 4. Februar in die Luft. An jenem Abend war ihm ein Auto aufgefallen, das ihm folgte, anhielt, als er stoppte und den Rückwärtsgang einlegte, um zu parken. Wenige Minuten nachdem er seine Wohnung betreten hatte, hörte er die Explosion. Der Gepäckraum war wie weggeblasen, der Rest stand in Flammen. Wenige Wochen vor dem Anschlag hatte ihn der Bruder des Betreibers einer Bar in der Altstadt angehalten. Ein Mann, der De Stefano bei dessen Verhaftung demonstrativ Küsse zuwarf. „Du darfst nicht an wirtschaftliche Interessen rühren, und wenn du es doch tust, indem du den Leuten Flöhe ins Ohr setzt, kommen keine Kunden mehr.“ Solche Warnungen hören sich geringfügig an im Vergleich zum Ausmaß der unternehmerischen Aktivitäten der Ndrangheta, aber sie sollten dennoch nicht unterschätzt werden. Ziel der Ndrangheta ist es, das gesamte Territorium bis hin zu kleinen Geschäften zu kontrollieren. Andernfalls droht ihr ein Verlust an Autorität, Einfluss und sozialer Kontrolle.

Am 27. Dezember fliegt der Wagen der Freundin von Francesco Mobilio, einem Redakteur des „Quotidiano“ in Vibo Valentia vor ihrer eigenen Haustür in die Luft. Mobilio findet keine Erklärung. Er ist überzeugt, dass das Attentat seiner Zeitung galt, weil sie in der Stadt die größte Verbreitung hat. Sein Chefredakteur erwähnt mehrere Berichte, nennt aber keine Einzelheiten, denn er will nichts riskieren. Er hält es für besser, nicht mit Kollegen zu reden, bevor die Staatsanwaltschaft informiert ist. Mobilio wurde zu diesem Vorfall noch nicht verhört, obwohl Monate vergangen sind.

Alessandro Bozzo und Fabio Pistoia von der Zeitung „Calabria Ora“ wurden wegen Berichten über dunkle Machenschaften in der Politik in der Region rund um Cosenza jeweils im Oktober und im Juni 2009 bedroht. Nachdem er über die Aktivitäten des Clans Forastefano aus Cassano dello Ionio berichtet hatte, erhielt Botto eine Drohung mit den Worten „Hör auf, über Cassano zu schreiben, sonst holen wir uns Deinen Kopf“. Der Brief erreichte ihn in der Zentralredaktion von „Calabria Ora“, wo Bozzo über Politik schreibt. Cassano war dadurch aufgefallen, dass er nach den Provinzwahlen darauf aufmerksam gemacht hatte, dass der neue Gouverneur, der mit dem Slogan „Wir wollen keine Mafia-Stimmen“ gewonnen hatte, kurz nach seinem

Amtsantritt einen Mann in seinen persönlichen Mitarbeiterstab berufen hatte, der wegen mafiösen Stimmenkaufs angeklagt war. Pistoia erhielt den Drohbrief vor der von einem Mordfall überschatteten Stichwahl für den Stadtrat von Corigliano Calabro hingegen an seine Privatadresse. „Hör auf, über Politik zu schreiben, oder Du bist tot“, hieß es in dem Schreiben lapidarisch. Er hatte über den Fälschungsverdacht bei der Auszählung der Stimmen im ersten Wahlgang berichtet.

Am vergangenen 8. März berichtet „Il Quotidiano“ unter dem Titel „Ndrangheta verfolgt Strategie der Spannung“ über einen weiteren Angriff auf einen Magistraten. Dieses Mal war der Staatsanwalt von Vibo Valentia, Mario Spagnuolo, an der Reihe. Gegen ihn wurden Todesurteile auf die Mauern der Stadt geschmiert. Wenige Tage zuvor hatten seine Amtskollegen aus Reggio Calabria und Crotona, Antonio De Bernardo und Pierpaolo Bruni, Drohungen erhalten, während gleichzeitig ein Attentat gegen die Abgeordnete Angela Napoli aufgedeckt wurde. Letztere bekämpft die Mafia seit jeher aktiv und stört damit die Harmonie innerhalb ihrer Partei, der sie Kandidaturen von Personen unter Mafia-Verdacht für das Regionalparlament vorwarf. „Wenn man darüber hinaus die Bombe an der Staatsanwaltschaft von Reggio Calabria und das mit Waffen gespickte Auto bedenkt, dass am Tag des Besuchs des Staatspräsidenten gefunden wurde, könnte man von einer Strategie der Ndrangheta sprechen, die ihre Macht bei den Regionalwahlen spüren lassen will“, meint der Chefredakteur von „Il Quotidiano“. Mit der Warnung vor Antimafia-Kampagnen und mutigen Entscheidungen solle vermutlich der Urnengang nach dem Motto ‚Wir sind die Herren der Stadt‘ beeinflusst werden.

Geht die wachsende Zahl von Drohungen gegen Journalisten in die gleiche Richtung? „Jede Geschichte hat ihre eigenen Besonderheiten. Gute und sorgfältige Berichterstattung rührt immer an Interessen. Bedrohte Kollegen haben immer saubere Arbeit geleistet. Die Anhäufung von fünf Fällen innerhalb von drei Wochen, während sich gleichzeitig Einschüchterungsversuche gegen engagierte Politiker und Staatsanwälte wiederholen, ist auffällig. Das Motiv liegt jedenfalls vermutlich in der jeweiligen Berichterstattung der Kollegen.“

Ursprünglich galt die Ndrangheta als Organisation des Schweigens, die unauffällig ihren Geschäften nachging. Mittlerweile scheint sie sich in eine laute Maschinerie verwandelt zu haben. „Die neue Ndrangheta erinnert an die alte sizilianische Mafia. Die kalabresische hat sich in der Zwischenzeit zur mächtigsten Mafia entwickelt. Gleichzeitig gibt es mehr Widerstand gegen sie vor allem seitens der Staatsanwaltschaft. Früher war die Ndrangheta, nicht so sichtbar wie heute. Damit hat sich auch die Arbeit der Journalisten verändert.

Wer gute Arbeit leisten will, ist dabei besonders exponiert. In bestimmten Regionen ist die Arbeit für Reporter lebensgefährlich. Selbst die Staatsanwaltschaft fordert uns zu einer offensiven Berichterstattung über solche Vorfälle auf, weil sie eine Art Schutz bildet, denn es besteht das Risiko, dass die Mafia noch aggressiver wird.“

Aus der Schlussphase der Arbeit an diesem Bericht

Am 3. Mai 2010 erreicht die Redaktionen von „La Repubblica“ und „Giornale di Sicilia“ je ein Brief mit einer Patrone. In den von Florenz aus geschickten Botschaften geht es um die Richter Antonio Ingroia, Nino Di Matteo und Sergio Lari, um Massimo Ciancimino und den Kronzeugen Gaspare Spatuzza. Die Genannten würden „direkt oder indirekt die Folgen bereits geplanter Operationen“ erfahren. Demnach hatten die Urheber der Botschaften noch nicht entschieden, was mit Michele Santoro und Sandro Ruotolo geschehen soll, denen Unterstützung für „umstürzlerische Pläne kommunistischer Staatsanwälte“ vorgeworfen wird. In dem Brief heißt es: „Sehr geehrter Chefredakteur, bitte verstehen Sie diesen Brief nicht als Drohung. Große Ereignisse bedürfen einer Vorankündigung. In der Vergangenheit geschah dies mit geringem Erfolg. Aufgrund offensichtlicher Missstände wurden Maßnahmen zur Stärkung der Demokratie ergriffen. Ein übertriebenes Rollenverständnis führte in unserem Machtgefüge zu Krebsgeschwüren. Dem Prinzip der Demokratie darf sich kein Hindernis entgegen stellen. Dennoch gibt es weiterhin Angriffe auf verdienstvolle Persönlichkeiten unsres Landes. A. Ingroia, S. Lari, A. Di Matteo, M. Ciancimino und G. Spatuzza werden die Folgen geplanter Operationen erfahren.. Über M. Santoro und Ruotolo wird noch entschieden. Die bedauernswerte Rolle von Journalisten, die umstürzlerische Pläne kommunistischer Staatsanwälte unterstützen ...(unleserlich, Anm. d. Redaktion) die elementaren Regeln der Demokratie.“

Am gleichen Tag erhält Francesca Russo, Anwältin von Ciancimino jun., einen Umschlag mit einer Patrone und folgender Botschaft: „Mit ihrem Verhalten entehren sie fortwährend die Rolle, die unser Land ihnen trotz ihres Ursprungs gewährt hat. Unterlassen Sie Verhaltensweisen zur Untermauerung der Glaubwürdigkeit des Kronzeugen M. Ciancimino. Sie bleiben weiterhin unter Beobachtung unserer Kontrollstrukturen.“ Auf den Kronzeugen Massimo Ciancimino (Sohn des wegen Mafia-Vergehen verurteilten und mittlerweile verstorbenen ehemaligen Bürgermeisters von Palermo, Vito Ciancimino, Anm. d. Übers.), seinen Anwalt, die Richter, die seine Aussagen aufnehmen und Journalisten, die darüber berichten, wurde in den vergangenen Monaten ein bislang nie da gewesener Einschüchterungsdruck ausgeübt. Dabei war die Rede von Justizmissbrauch,

Risiken für die Demokratie und kommunistischen Journalisten, die es auszumerzen gelte. Ein Beispiel für derartig phantasievolle Inhalte stellt ein Brief an Massimo Ciancimino vom vergangenen 2. April dar. Darin geht es um den Versuch, Klarheit über den nach dem Tod des Richters Falcone geschlossenen Pakt zwischen Staat und Mafia zu erhalten. In dem Brief an Ciancimino heißt es: „Hoffentlich erreicht dieser Brief Sie plangemäß am 2. April. Sie wissen, worum es geht. Bitte interpretieren Sie meine Worte nicht als Drohung gegen Sie oder ihre Angehörigen. Betrachten Sie diese wenigen Zeilen vielmehr als guten Rat einer Person, die Ihr Vater zu schätzen wusste, und die über Ihnen nützliche Informationen verfügt. Diese Position beruht nicht nur auf der Rolle, die ich für mein Land gespielt habe, sondern vor allem auf dem umfangreichen Schatz an Erfahrungen, den ich in vielen Jahren ehrenhafter Aktivitäten anhäufen durfte. Gleichgewicht und Demokratie bilden die Grundlage für einen neuen Weg der Globalisierung und Integration, auf dem unser Land unter Mühen voranschreitet. In diesem besonders schwierigen Moment sind weitere Fehler nicht angebracht. Durch ihre Aussagen ziehen Sie wichtige Persönlichkeiten, die sich für ein freies und antikommunistisches Italien eingesetzt haben, in den Schmutz. Während die Regierung sich bemüht, Arbeitsplätze zu retten, werden Millionen Euro der Steuerzahler in nutzlose Ermittlungen investiert, die dem Ruf unseres Landes schaden. Unterschiedliche Aktivitäten dienen dem alleinigen Zweck, die Demokratie zu fördern. Unsere große Kultur der Freiheit und Demokratie erlaubt es Ihnen, als Komplize kommunistischer Staatsanwälte und Journalisten als armseliges Instrument mit einem umstürzlerischen und destabilisierenden Plan ein juristisches Spektakel aufzuführen. Die Freiheit bringt wie jeder lebendige Organismus mitunter Krebsgeschwüre hervor wie M. Ciancimino, G. Spatuzza, A. Ingoia, S. Lari, A. Di Matteo, C. Martelli, M. Santoro und L. Violante. Seien Sie versichert, dass banale Sicherheitsmaßnahmen für diese Personen kein Hindernis für uns darstellen. Ich sehe es als meine Pflicht an, Personen wie Sie zu warnen, die unwissentlich von anderen als Werkzeug für deren Kampf missbraucht werden. Wir machen ganze Arbeit. Trotz vielfältiger Versuche aus der Vergangenheit ist es uns jedoch nicht gelungen, Ihnen die Augen zu öffnen. Heute sind Sie und ihre Familie Geiseln einer fehlgeleiteten Staatsanwaltschaft. Staatsanwälten wie A. Ingoia ist es mit ihren nutzlosen Bemühungen nicht gelungen, den Volkswillen zu behindern. Das Schicksal unserer Demokratie steht auf dem Spiel. Wir kennen den Inhalt Ihrer Aussagen vor den Staatsanwälten S. Lari und A. Ingoia. Sie stellen einen weiteren Angriff auf berühmte Staatsdiener dar, die im Unterschied zu einigen Staatsanwälten ihrer eigenen Existenz höchste Werte vorangestellt haben. Gebrauchen Sie wenigstens ein Mal ihren Verstand, Sie werden bei diesen Personen nie etwas erreichen. Lassen Sie sich nicht mehr von Staatsanwaltschaften wie Palermo und Caltanissetta benutzen. Verlassen Sie

Italien. Gewisse Schulden können nicht ewig gestundet werden. Zahlreiche Operationen zum Schutz der Demokratie warten nur darauf, umgesetzt zu werden. Ein Ziel als Ergebnis von fünf Aktivitäten. Die Zahl dürfte sie an etwas erinnern. Zum Beweis meiner Glaubwürdigkeit verweise ich auf den weiteren Inhalt dieses Umschlags.“

„Unter dem Eindruck des Tauziehens zwischen Gianfranco Fini und der Achse zwischen Berlusconi und Bossi innerhalb der Regierungspartei PDL haben wir in den vergangenen Tagen den Angriff unterschätzt, den der Ministerpräsident am 16. April nicht zum ersten Mal gegen Filme und Bücher über die Mafia lancierte, wobei er sich besonders gegen Roberto Saviano und sein Buch „Gomorra“ richtete. Spielen offene Fragen bei den Ermittlungen über die Mafia-Massaker der 90er Jahre und über die Verhandlungen zwischen Staat und Cosa Nostra am Ende der ersten Republik, die mit dem politischen Aufstieg von Forza Italia zusammen fielen, bei diesem erschreckenden Vorgehen des Ministerpräsidenten eine Rolle? Geht es dabei auch um den wirtschaftlichen Aufstieg des „Cavaliere“ Berlusconi? Die Verbindungen zwischen Marcello Dell’Utri zur Cosa Nostra und das Urteil der Berufungsinstanz nach seiner erstinstanzlichen Verurteilung wegen äußerer Unterstützung der Mafia zeigen eindeutig in diese Richtung. Wiederholte Angriffe auf Berichterstattung, die sich gegen die Mafia richtet, und damit den Kenntnisstand der Italiener über ein Phänomen verbessert hat, das die Grundlage von Rechtsstaat und Entwicklung in Italien unterminiert, erinnern an einen Serienmörder, der es auf die Erinnerung abgesehen hat.“ Der Leiter der Libera-Medienbeobachtungsstelle, Roberto Morrione, veröffentlichte den hier zitierten Leitartikel über die Vereinigungen für Pressefreiheit „Articolo 21“ und „Libera Informazione“ unter dem Titel „Serienmörder der Erinnerung und der freien Information“. In der Nacht nach der Veröffentlichung wurden bei einem Einbruch in der Redaktion von „Articolo 21“ sieben Computer und die Zugangsdaten zur Internet-Seite gestohlen. Die Hacker löschten zugleich Morriones Artikel in den Online-Nachrichten und ersetzten ihn durch das Bild eines Totenschädels und einen Link zu einer pornographischen Internet-Seite. Am Tag darauf ereignete sich ein ähnlicher Vorfall in der Libera-Redaktion. Die ersten Beispiele für Datenpiraterie gegen Information über den Versuch, Medien zum Schweigen zu bringen.

Am 27. April 2010 wird Rosaria Capacchione, eine seit langem wegen Camorra-Drohungen unter Polizeischutz stehende Mattino-Journalistin, im Schlaf von einem Einbruch in ihrer Wohnung in Caserta überrascht. „Sie kamen durch das Küchenfenster, haben ein Necessaire genommen und es sofort wieder weggeworfen“, berichtete Frau Capacchione der Nachrichtenagentur Ansa. „Vielleicht wurden sie überrascht. Jedenfalls haben

sie nichts mitgenommen.“ Es war nicht der erste Einbruch bei der Journalistin. Bereits im Oktober 2009 hatten Unbekannte eines Nachts wenige Objekte von geringem Wert bei ihr gestohlen. Dieses Mal wurde auch bei ihren Nachbarn eingebrochen. Die Journalistin spricht von Diebstahl. In jedem Fall handelt es sich um ein beunruhigendes Ereignis, das Fragen über den Polizeischutz für sie aufwirft.

Am 11. März erreichte die Redaktion von „Barisera“ ein Brief mit folgender Warnung: „Wir werden es ihm zeigen und wir werden ihn zerstören. Seid vorsichtig, Journalisten“. In dem Umschlag befand sich auch eine Gewehrpatrone des Kalibers 7,65 und die Kopie eines Artikels der Zeitung über einen Vortrag über die Mafia in Apulien, den der Kriminologe Michele Cagnazzo am Vortag in der Stadt gehalten hatte.

Cagnazzo, Der Autor des Artikels „Der grenzenlose Krieg der Mafia“, leitet die regionale Beobachtungsstelle über Legalität der Partei Italia dei Valori. Er beschäftigt sich seit Jahren mit der so genannten „Vierten Mafia“, einer innovativen Organisationsform, die sich von der regionalen Sacra Corona Unita unterscheidet. „Man spricht vielfach mitunter bewusst fälschlich allein über die Sacra Corona Unita“, erklärte er gegenüber „Affari italiani“. Diese alte Mafia existiere jedoch nicht mehr. Experten untersuchten mittlerweile die „Vierte Mafia“. „Die alte ländliche Mafia ist tot“, meinte Cagnazzo. Heute greife die Mafia in Apulien neben traditionellen Einnahmequellen wie Erpressung, Prostitution, Überfällen und Drogenhandel auf eine solide wirtschaftliche und politische Machtgrundlage zurück, die sie dank ihrer Zusammenarbeit mit Unternehmern und regionalen Funktionären aufbauen konnte. „Unsere Aktivitäten irritieren sie sehr. Wir stören nicht nur Bankräuber und Drogenhändler, sondern auch Beamte, die Geschäfte mit dem organisierten Verbrechen machen, indem sie mit Bauaufträgen, Genehmigungen und Schwarzgeld handeln. Wenn ein solcher Beamter sich gestört fühlt, braucht er nur zum Telefon zu greifen und einen Helfershelfer der Clans zu bitten, eine bestimmte Person zu bedrohen. Und genau das ist hier passiert.“

Bereits vor zwei Jahren erhielt Cagnazzo einen Brief mit zwei Patronen. Vor seiner Haustür fand er einen abgeschlagenen Hundekopf. In letzter Zeit setzte er sich vor allem für die Behörde ein, die für beschlagnahmten Mafia-Besitz zuständig ist, Verfahren zur Konfiszierung des Eigentums der Clans beschleunigt und dessen Nutzung für soziale Zwecke erleichtert. Die Einrichtung soll verhindern, dass die Mafia weiterhin konfiszierte Güter kontrolliert, die sie bei Auktionen ersteigern kann. Für seine Arbeit erntete der Kriminologe nach eigenen Angaben Solidaritätsbekundungen von Parteikollegen, jedoch nicht von Institutionen.

„Du kannst ruhig die Carabinieri rufen. Wir haben keine Angst vor ihnen.“ Am 12. Mai 2010 verschaffen sich zwei Männer gewaltsam Zugang zur Redaktion der Wochenzeitung „Nuova Periferia“ in Chivasso bei Turin und bedrohen die Sekretärin und die anwesenden Journalisten. Sie schlagen und treten den für Berichte über Verbrechen zuständigen Reporter Marco Bogetto krankenhaushausreif. Er hatte unter dem Titel „Spielhalle überfallen. Schäden im Wert von mindestens 20.000 Euro“ auf der Seite Eins einen Artikel über einen neuen Spielsalon veröffentlicht, der von Vandalen verwüstet worden war. Am Erscheinungstag des Artikels starteten der Besitzer der Spielhalle, Giuseppe Carbone, und sein Sohn Guido um 9.45 Uhr die Strafaktion. Bogetto wird verletzt, weil er sich schützend vor einen Kollegen stellt. „Dieser gravierende Vorfall demonstriert ein weiteres Mal die Schwierigkeiten von Reportern in der Provinz“, erklärte die Chefredakteurin Piera Savio. „Denn sie sind leicht zu identifizieren.“

Unter den Fenstern der Redaktion der römischen Tageszeitung „Il Messaggero“ in der Via del Tritone taucht am 6. Mai 2010 ein Laken mit der Aufschrift „Gemeindeverwaltung durch dienernde Medien diffamiert“ auf. Verwaltungsleiter mehrerer Stadtviertel machen sich gemeinsam mit Stadträten Luft. Wenige Tage zuvor hatte die Tageszeitung über verschwenderischen Umgang der Gemeindeverwaltung mit Haushaltsmitteln berichtet. Die Betroffenen verurteilen die Berichterstattung als „verleumderische Kampagne“ des rechten Bürgermeisters gegen linke Gemeinderatsverantwortliche. Sie fordern ein Gespräch mit dem Chefredakteur. Der Nationale Reporterverband brandmarkt die Aktion als „inakzeptablen Einschüchterungsversuch gegenüber Journalisten“. Der Vorfall sei umso schlimmer in Zeiten, in denen Zensur durch den Machtapparat drohe, angefangen vom Gesetzesvorhaben von Justizministers Alfano (über ein Verbot, abgehörte Gespräche zu veröffentlichen, Anm. d. Übers.). Die Artikel waren auf der Grundlage von Dokumenten und Haushaltszahlen erstellt worden. Häufig gerate in Vergessenheit, dass es nicht Aufgabe der Journalisten sei, Presseerklärungen weiterzugeben, beklagt der Reporterverband. Das Recht auf Berichterstattung stimme mit dem Recht der Bürger auf umfassende Information über das Verhalten der politisch Verantwortlichen überein.

Dario Desario von „Il Messaggero“ wird im Internet offen bedroht. Nach seinem Artikel unter dem Titel „Verano-Friedhof bietet der D’Annunzio-Vereinigung gratis Räumlichkeiten“ vom 13. April 2010 hagelt es Drohungen über Facebook. Der Reporter lenkt die Aufmerksamkeit auf die Tatsache, dass die Vorsitzende des Vereins die Schwester des Chefs des Amts für städtische Landschaftspflege ist, der sich in dieser Funktion zugleich um den

Friedhof kümmert. Der Reporter spricht daraufhin von einer „Dynastie“. Deren bekanntestes Mitglied sei Carlo Giannotta, einstiger Verantwortlicher des rechtsextremen „Movimento Sociale“ für das Stadtviertel Acca Larenzia. Als weiteres unwillentlich bekannt gewordenes Familienmitglied nennt der Artikel Fabio Giannotta, der wegen seiner Verhaftung von 1977 nach einem fehlgeschlagenen Überfall auf das Juweliergeschäft Bulgari mit einem Panzer vielen noch heute ein Begriff sei. Später sei dieser wegen eines weiteren Einbruchs in einem Juweliergeschäft an der römischen Peripherie erneut festgenommen worden. Seit etwa zwei Jahren verfüge auch Mirko Giannotta, seit 2008 Leiter des Amtes für städtische Landschaftspflege und bereits zuvor in Ermittlungen der Antiterror-Einheiten verwickelt, über einen gewissen Bekanntheitsgrad, heißt es in dem Artikel. „Alle vier Familienmitglieder gehörten 2003 der insgesamt nur acht Mitglieder zählenden D’Annunzio-Vereinigung an.“ Wenige Stunden nach Erscheinen des Artikels starteten Mitglieder einer rechtsextremen Gruppe aus Acca Larenzia auf Facebook einen Angriff auf den Autor, der er über die private Nutzung öffentlicher Immobilien berichtet hatte.

„Du bist ein toter Mann. Von hier aus können wir nichts gegen Dich tun, aber Du stehst auf der Liste.“ Diese Drohung wurde dem Sportjournalisten Alessandro Capatano von der „Gazzetta dello Sport“ am 16. Mai nach dem Spiel Chievo-Rom auf dem Flughafen von Verona ins Ohr geflüstert. Wenig später kreisten ihn römische Hooligans ein, beschimpften ihn und rissen ihm den Notizblock aus der Hand. Einer der Angreifer schlug derweil auf den Laptop eines Kollegen ein, der versucht hatte, Capatano zu verteidigen. Nach der Landung in Rom weitere Drohungen und Beleidigungen. Gegen den Urheber wurde Anzeige erstattet.

Nicht zum ersten Mal griffen Hooligans Journalisten an. Mehrere Sampdoria-Fans hatten bereits im Oktober 2008 Mitarbeiter von „Il Secolo XIX“ und „Telegenova“ attackiert, weil sie den Hooligans zufolge mit ihrer Berichterstattung das schlechte Spielergebnis beeinflusst hatten.



4/ Nicht nur anonyme Briefe und Patronen Drohungen von Amts wegen

von Roberta Mani und Roberto Salvatore Rossi

Es geht nicht nur um anonyme Drohbriefe, angezündete Wagen, Anwälte von Mafiosi und Patronenbriefe für Redaktionen, sondern auch um den Versuch, mit Hilfe der Justiz Einfluss zu nehmen. Immer häufiger nimmt die Beschneidung des Spielraums von Journalisten mit Hausdurchsuchungen, der Beschlagnahmung von Dokumenten und exorbitanten Entschädigungsformen amtliche Formen an. Lückenhafte italienische Gesetze einerseits und Staatsanwälte andererseits, die die nationale und europäische Rechtslage nicht kennen oder vorgeben, nicht zu wissen, dass Durchsuchungen in Redaktionen und Privatwohnungen von Journalisten verboten sind, die ihre Quellen schützen, verschlimmern die ohnehin Besorgnis erregende Lage. Im Folgenden werden daher mehrere Beispiele der vergangenen Monate aufgezeigt.

Zielscheibe „La Repubblica“

Um drei Uhr nachmittags rückt die Kriminalpolizei in der Turiner Redaktion von „La Repubblica“ mit einem Ermittlungsbescheid für Diego Longhin an. Der Vorwurf lautet Veröffentlichung vertraulicher Informationen. Die Beamten beschlagnahmen sein persönliches und sein redaktionelles Mobiltelefon, Notizblöcke, Ordner und die Festplatte seines Computers. Auf der Suche nach seinen Quellen, die eigentlich durch das Berufsgeheimnis geschützt sind, durchsuchen sie auch die Privatwohnung und den Wagen des Journalisten.

Longhin hatte mit einem Artikel über ein mutmaßliches Abkommen zwischen mindestens sieben Verkehrspolizisten und den Besitzern eines Abschleppdienstes einen Betrugsskandal aufgedeckt. Der Vorgesetzte der betroffenen Beamten hatte die Ermittlungen in Gang gesetzt, da ihm der Verlust einer überdurchschnittlichen Zahl von Funkgeräten aufgefallen war, die als gestohlen oder verloren gemeldet wurden. Mehrere Geräte fanden sich bei den Fahrern eines Abschleppdienstes wieder, die mit ihrer Hilfe den Polizeifunk abhörten und daraufhin umgehend von Unfällen erfuhren. Die

Beamten verdienten durch die „Vermietung“ der Geräte 400 Euro pro Woche. Wenige Stunden nach Erscheinen des Artikels kommt es zur Durchsuchung.

Die Antiterror-Sondereinheit der Polizei beschlagnahmt in der römischen Redaktion der Tageszeitung auf der Suche nach einem am Vortag veröffentlichten Dokument am 18. März auch den Computer des Repubblica-Redakteurs Francesco Viviano. Dieser hatte über ein 40-seitiges Dossier der Staatsanwaltschaft Trani berichtet, in dem es um den mutmaßlichen Versuch von Ministerpräsident Silvio Berlusconi ging, Druck auf die RAI-Spitzen auszuüben, damit sie die Sendung „Annozero“ aus dem Programm nahmen. Aus den veröffentlichten Auszügen geht u.a. die Beteiligung von Staatssekretär Gianni Letta hervor. Viviano wird daraufhin wegen schweren Diebstahls und Veröffentlichung vertraulicher Dokumente angezeigt. Gegen seinen Kollegen von der Redaktion in Trani, Giuliano Foschini, werden Ermittlungen wegen Hehlerei aufgenommen, nachdem er zunächst als Zeuge, später als Verdächtiger vier Stunden lang verhört worden war. Die Staatsanwaltschaft ermittelt in dem Fall auch gegen weitere Journalisten. So wird auch die Redaktion in Bari, die bereits 2007 mehrere Tage lang von Ermittlern lahm gelegt worden war, durchsucht.

Erstmals in der italienischen Mediengeschichte wurden im vergangenen August die Verantwortlichen von „La Repubblica“ wegen zehn Monate lang täglich in der Zeitung veröffentlichter Fragen an Ministerpräsident Silvio Berlusconi verhört. Die Forderung der Anwälte des Ministerpräsidenten nach einer Entschädigung in Höhe von einer Million Euro bezog sich zudem auf einen Repubblica-Artikel, der Berichte der internationalen Presse über den Fall Noemi-D'Addario aufgegriffen hatte. Der Urheber des Artikels erhielt gemeinsam mit dem Repubblica-Chefredakteur Ezio Mauro vom römischen Gericht eine Vorladung.

Zielscheibe „Il Tirreno“ und „La Nazione“

Zu Hausdurchsuchungen und Beschlagnahmen von Computern und Notizblöcken kam es auch in den Redaktionen der Tageszeitungen „Il Tirreno“ und „La Nazione“. Die beiden betroffenen Journalisten berichteten über Ermittlungen gegen zwei Carabinieri wegen sexuellen Missbrauch an einem 17-Jährigen. Nach Angaben des Jugendlichen lud ihn der Beamte in seine Privatwohnung ein, um einen Pornofilm anzusehen, nachdem er bei ihm Haschisch beschlagnahmt hatte. Eine interne Untersuchung ergab, dass kein Protokoll über die Beschlagnahmung angefertigt worden war. Nachdem die beiden Reporter die Fakten veröffentlicht hatten, veranlasste die Staatsanwaltschaft Prato in den Redaktionen und Privatwohnungen der

beiden Journalisten wegen Verletzung des Ermittlungsgeheimnisses Hausdurchsuchungen.

Sizilien

Begünstigung von Verletzung von Dienstgeheimnissen lautet die Anklage der Staatsanwaltschaft Enna gegen Giulio Martorana von der Tageszeitung „La Sicilia“ und Josè Trovato vom „Giornale di Sicilia“, der wegen Mafia-Drohungen unter Polizeischutz steht. Am 9. September berichteten beide Journalisten über eine ein knappes Jahr zuvor in der Nähe von Piazza Armerina entdeckte verbrannte Leiche, deren Identität bis dahin offiziell nicht geklärt war. Daraufhin wird der Leichnam den Familienangehörigen übergeben, die sich bei den Behörden darüber beschwerten, dass der Name ihres Verwandten veröffentlicht wurde. Die beiden Reporter werden daraufhin von den Ermittlern vergeblich nach ihrer Quelle befragt. Da die beiden als freie Mitarbeiter und nicht als fest angestellte Redakteure eingestuft sind, werden sie strafrechtlich belangt, nachdem sie sie ihre Quelle nicht preisgeben wollen. Auch in diesem Fall ernten die beiden Journalisten juristische Querelen für ihre Arbeit, durch die sie überdies elf Monate nach einem Mord die Rückgabe des Leichnams an seine Familienangehörigen ermöglichten.

Im Zusammenhang mit dem von Leonardo Sciascia geprägten und allzu häufig missbräuchlich verwendeten Begriff des Antimafia-Profis geht es auch um den Journalisten Rino Giacalone, von dem der Bürgermeister von Trapani, Girolamo Fazio, 50.000 Euro verlangt. Giacalone schreibt für „La Sicilia“, kann brisante Artikel jedoch nur bei „Narcomafie“, „Libera Informazione“ und „Articolo 21“ veröffentlichen. In einem auf der Internetseite „Articolo 21“ erschienenen Text kritisiert er die Entscheidung des Bürgermeisters, die bereits beschlossene Verleihung der Ehrenbürgerschaft an den Ex-Präfekten Fulvio Sodano wegen seiner Verdienste im Kampf gegen die Mafia rückgängig zu machen. Der Bürgermeister reagierte mit diesem Schritt vermutlich auf Kritik des Ex-Präfekten an seiner Amtsführung. „Wer dem Bürgermeister von Trani unangenehm auffällt, wird nicht als Mafioso abgestempelt sondern als Antimafia-Profi, der alles will, nur nicht, dass die Mafia wirklich besiegt wird, weil dann angeblich viele Karrieren und Vorteile auf dem Spiel stehen“, kommentierte daraufhin schreibt Giacalone. „Der Bürgermeister hat wie üblich die Wahrheit geleugnet und ebenso wie der flüchtige Mafia-Boss Matteo Messina Denaro in ihr Gegenteil verkehrt. Zufällig wurde jüngst eine Zettelbotschaft von Messina Denaro entdeckt, in der er hinsichtlich der gegen ihn ermittelnden Staatsanwaltschaft ebenfalls über eine Verschwörung und eine neue Inquisition klagt. Gegen Persönlichkeiten, die auf das Strafgesetz pochen, zieht er mit einem vom Blut

vieler Toten beschmutzten Ehrenkodex zu Felde. Zu den Todesopfern gehören auch Journalisten und zahlreiche Staatsanwälte, die Fazio als Antimafia-Profis abstempelt. Es wäre an der Zeit, dass der Bürgermeister von Trani deren Namen und die Vorteile nennt, die sie sich angeeignet haben sollen.“

Fazio verfasste daraufhin eine Note, nach der er sich durch die Gleichsetzung mit Messina Denaro „diffamiert“ fühlt, obwohl der Journalist deutlich gemacht hatte, dass er keine direkte Verbindung zwischen beiden Fällen sah. Fazio forderte daraufhin 50.000 Euro Entschädigung vom Journalisten und nicht vom Herausgeber der Internetseite.

Auch im Norden

Der Fotograf Dardo Rigamonti aus der Lombardei nimmt am 30. Januar 2009 mehrere Bilder eines Lieferwagens mit zwei Dutzenden Flüchtlingen auf dem Weg in die Schweiz auf. Der Bericht in der Zeitung „La Provincia“, der in Ausgabe der norditalienischen Stadt Sondrio veröffentlicht wird, irritiert offenbar die Finanzpolizei. Wenige Tage später suchen sie Rigamonti in seinem Fotogeschäft auf, um seine Buchführung zu kontrollieren. Die Zeitung beauftragt daraufhin den Fotografen Stefano Barbusca, das Vorgehen zu dokumentieren. Doch sobald er das Geschäft betritt, beschlagnahmt die Finanzpolizei dessen Ausrüstung und Journalistenausweis. Glücklicherweise überwiegt bei italienischen Staatsanwälten die Tendenz, Verfahren gegen Journalisten einzustellen, die ihre Quellen geheim halten. Dabei sind diese nach Artikel 2 des Presserechts „verpflichtet, über die Quellen ihrer Nachrichten das Berufsgeheimnis zu wahren, wenn deren vertrauliches Wesen dies erfordert“. Diese Ausrichtung kommt auch in zahlreichen Verfahren des Europäischen Menschenrechtsgerichtshofs zum tragen, der in dieser Hinsicht mehrere wegweisende Urteile gefällt hat. Solche Gerichtsentscheide bilden nicht nur interessantes Forschungsmaterial, sondern verdienen allgemeine Verbreitung, damit sie in der Rechtsprechung der einzelnen Länder als Druckmittel gegen Durchsuchungen Schule machen können.



. ossigeno_2@yahoo.it

5/ Die gewaltsame Zensur und ihre Opfer

Vortrag von **Alberto Spampinato**, Direktor der Beobachtungsstelle „Sauerstoff für Medien“ zum Bericht über bedrohte Journalisten mit aktualisierten Daten

Neapel, 23. September 2010. Der zweite Bericht der Beobachtungsstelle illustriert das kaum bekannte aber auch hierzulande weit verbreitete Problem der gewaltsamen Zensur, die mit Hilfe von Drohungen, Einschüchterungsversuchen, Beschädigungen, Einbrüchen und Gerichtsverfahren ausgeübt wird, und damit die Freiheit der Berichterstattung einschränkt. Dieser extremen Form von Zensur sind in Italien zwischen 1960 und 1993 elf Journalisten zum Opfer gefallen, weil sie sich hartnäckig weigerten, zu schweigen.

Einer von ihnen war Giancarlo Siani, ein neapolitanischer Journalist, der als 26-Jähriger vor 25 Jahren auf dem Weg von der Redaktion des „Mattino“ nach Hause getötet wurde. Er verfügte über einen zeitlich begrenzten Arbeitsvertrag, war jedoch bereits durch mehrere Scoops aufgefallen, die seine journalistische Spürnase und seinen Mut zeigten. Aufgrund seiner Erfolge rechnet er mit einer Festanstellung innerhalb von wenigen Wochen. Aus Sicht seiner Camorra-Mörder verdiente er den Tod, weil er ihnen nicht genehme Nachrichten verbreitet hatte. Drei Monate vor seinem Tod hatte er in der Zeitung die Hintergründe der Festnahme des Camorra-Bosses Valentino Gionta aufgezeigt, der von den Clans Nuvoletta und Bardellino verraten worden war. Gleichzeitig hatte Siani ein geheimes Abkommen zwischen dem Nuvoletta-Clan und der Mafia aus Corleone um Totò Riina enthüllt. Sianis Angaben wurden wenige Monate später durch polizeiliche Ermittlungen bestätigt. Siani hatte es als einziger gewagt, die Geheimnisse der Bosse öffentlich zu machen und sie damit zu schädigen. Seine Vorgesetzten hatten ihn dafür mit der Versetzung in die Redaktion von Castellammare di Stabia ausgezeichnet. Mehrere Kollegen hatten ihm daraufhin jedoch von Recherchen abgeraten, die die Camorra irritieren könnten. Diese Geschichte erzählt der Film „FortApasc“ von Marco Risi über den Gegensatz zwischen Journalisten als Angestellte und als echte Reporter. Siani beachtete die Warnungen nicht und sammelte weiter brisante Informationen, die andere mehr oder weniger bewusst ignorierten, und schrieb auf dieser Grundlage über die Camorra. Sein Instinkt und sein Verständnis des Journalistenberufs ließen ihm keine andere Wahl.

Siani konnte auch dann nicht aufhören und sich in Sicherheit bringen, als er bereits offensichtlich gefährdet war und Angst hatte. Dabei verhielt er sich

nach dem gleichen Muster wie die übrigen zehn in Italien getöteten Journalisten. Sie alle wurden umgebracht, weil sie trotz Angst weiter machten. Einer der Toten ist mein Bruder Giovanni. Die anderen heißen Cosimo Cristina, Mauro De Mauro, Mario Francese, Pippo Fava, Peppino Impastato, Beppe Alfano, Mauro Rostagno, Carlo Casalegno, Walter Tobagi.

Seit 1993 wurden in Italien keine weiteren Journalisten umgebracht, aber die Gewalt hat seitdem nicht nachgelassen. Der Bericht der Beobachtungsstelle „Sauerstoff für Medien“ von 2010 widerlegt die weit verbreitete Überzeugung, nach der Italien für Journalisten ein sicheres Territorium ist. Der Bericht belegt im Gegenteil, dass zwischen 2009 und 2010 Hunderte Journalisten gravierenden Bedrohungen, Einschüchterungsversuchen und Beschädigungen ausgesetzt waren, die ihr Recht auf Recherche und Berichterstattung einschränkten. Für den Zeitraum zwischen Januar 2009 und März 2010 zählt der Bericht 53 Vorfälle auf, darunter 29 Drohungen gegenüber einzelnen Journalisten und 24 gegen Gruppen von Personen. In letzteren Fällen richteten sich die Drohungen gegen ganze Redaktionen, so dass die Zahl der Betroffenen auf 400 steigt, mehr als die Zahl der italienischen Senatoren. Daraus entfällt auf 150.000 Bürger ein bedrohter Journalist. Die Ausmaße des Phänomens übersteigen jedoch noch die im Bericht gemachten Angaben, denn darin wurden nicht alle bekannten Fälle aufgezählt, sondern nur diejenigen, die sich überprüfen ließen. Überdies deckt sich die sichtbare Dimension nicht mit den wahren Ausmaßen des Phänomens, da viele Fälle nicht angezeigt werden, wie der jüngste Bericht der UNESCO betont. Der sicht- und messbare Teil des Phänomens stellt nur die „Spitze des Eisbergs“ dar, dessen verborgener Anteil wesentlich größer ist.

Zur Geographie der Bedrohung von Journalisten: Phänomene dieser Art kann es nach allgemeiner Überzeugung nur in Staaten mit schwacher und instabiler Demokratie geben, oder in Ländern wie Italien in Gegenden mit tief verwurzelter Mafia-Kriminalität. Auch wenn Kalabrien mit 23 Vorfällen, darunter allein 15 im Jahr 2010, besonders gefährlich ist, und Sizilien gemeinsam mit Kampanien ebenfalls ganz oben auf der Gefahrenliste steht, ist das nicht die ganze Wahrheit. Unsere Beispiele zeigen, dass Drohungen gegen Journalisten in ganz Italien verbreitet sind, von Venetien bis zur Lombardei und zum Latium, wie die folgenden Angaben aus dem Bericht aus dem Jahr 2010 zeigen. Neben den Angaben des Berichts geben wir im Folgenden die nach Redaktionsschluss bekannt gewordenen Fallzahlen sowie in Klammern die Vergleichsgrößen des Berichts von 2009 an.

Kalabrien 8 +7 (8)
Sizilien 4 +2

Kampanien 6
Latium 9 +1
Lombardei 6
Apulien 3
Basilicata 2
Piemont 2
Emilia Romagna 1

Vergleich mit dem Jahr 2009: Vor einem Jahr zählte der vorangegangene Bericht 61 Episoden aus insgesamt drei Jahren (2006-2008) mit durchschnittlich zwanzig Drohungen pro Jahr. Die 43 Vorfälle des neuen Berichts stellen mithin eine Steigerung von 100% dar. Vor allem bei kollektiven Bedrohungen wurde ein starker Anstieg verzeichnet. Waren es 2009 noch neun Episoden mit etwa 200 betroffenen Journalisten, so verzeichnete der Folgebericht mit 24 Vorfällen einen Anstieg von 250% und doppelt so vielen betroffenen Journalisten. Der neue Bericht bestätigt die vor einem Jahr ausgesprochenen Warnungen vor einer Eskalation. Auch namhafte internationale Institutionen wie Freedom House und Reporter ohne Grenzen wiesen in der Zwischenzeit auf wachsende Einflussnahme auf italienische Medien durch Anwendung von Gewalt hin. Niemand hatte jedoch mit einem so rasanten Anstieg gerechnet. Unsere Arbeit möchte dazu beitragen, ein Bewusstsein für das zu schaffen, was vor aller Augen vor sich geht. Unsere Daten mögen überraschen, sie sind jedoch unwiderleglich, denn der Bericht zählt nachweisbare Fälle mit Namen und Umständen über jeden einzelnen Vorfall auf. Dabei erläutert er die Risiken für italienische Journalisten auf der Suche nach brisanten Nachrichten, die illegale Machtzentren vor allem der organisierten Kriminalität und andere Mächtige stören. Der Bericht formuliert darüber hinaus Vorschläge für den Schutz von Reportern und weist auf bislang wenig beachtete Hintergründe hin.

Systematische Behinderungen des Rechts auf Berichterstattung, wie sie sich in Italien durch vielfältige Bedrohungen gegenüber Journalisten erweisen, beeinträchtigen unserer Überzeugung nach massiv die Pressefreiheit, indem sie Nachrichten von großer gesellschaftlicher Tragweite verhindern. Drohungen beschränken eine vollständige Berichterstattung, schwächen das Recht der Bürger auf Information und damit letztendlich die Demokratie. Ausländische Beobachter halten daher seit langem ein Auge auf Italien. Im Land selbst ist das Phänomen dagegen weitgehend unbeachtet.

Politiker ignorieren das Problem, Interessenverbände von Journalisten unterschätzen es und die Zivilgesellschaft weiß nichts darüber. So ist das Phänomen von einer Wolke der Gleichgültigkeit umgeben, die in einem demokratischen Land keine Daseinsberechtigung haben sollte, das sich rühmt, Wiege des Rechts zu sein und zu den Gründerstaaten der

Europäischen Union sowie ihrer Institutionen gehört. Inmitten einer ohrenbetäubenden Stille sind in Italien Hunderte Journalisten und ihre Zeitungen schutzlos dem Versuch der Einflussnahme und anhaltenden gravierenden Bedrohungen ausgesetzt.

Die Fakten dürfen nicht unter den Tisch gekehrt werden. Die einzelnen Journalisten dürfen mit einem so gravierenden Problem nicht allein gelassen werden. Ein solches Verhalten ist einer zivilisierten Gesellschaft nicht würdig, denn öffentliche Missachtung ermutigt zu negativen Verhaltensweisen. Mangelnde Aufmerksamkeit stärkt diejenigen, die aus Angst oder Opportunismus die zynische Frage stellen „Warum tust du das?“, anstatt sich auf die Seite bedrohter Journalisten zu stellen. Leider stellen auch viele Journalisten diese Frage. Wer sich aus Leichtfertigkeit so verhält, sollte begreifen lernen, worum es tatsächlich geht. Andere stellen die Frage eher zynisch mit der Haltung des Besserwissers und empfehlen Selbstzensur als Vorsorge gegen Bedrohungen. Selbstzensur stellt jedoch das Gegenteil von Journalismus dar, auch wenn sie mitunter als Kunstgriff betrachtet wird. Das Unterschlagen und Trennen von Informationen wie bei der Abfallentsorgung hat ebenso wenig mit Journalismus zu tun wie eine Ausrichtung der Nachrichten nach dem Recht des Stärkeren und der eigenen Angst.

Dieses Prinzip gilt für Cosimo Cristina, der 1960 wegen seiner mutigen Recherchen über Verflechtungen zwischen Mafia und Politik in Termini Imerese getötet wurde. Es gilt ebenso für die Morde an Giovanni Spampinato von 1972 und an Giancarlo Siani von 1985. Dennoch gelten falsche Regeln heute vielfach als richtig. Die Erinnerung an die getöteten Journalisten verpflichtet uns dazu, solche Wahrheiten auszusprechen, den Spott der Ängstlichen und den Fatalismus anzuklagen, der angesichts des Zustands des italienischen Journalismus und des Niedergangs von Prinzipien und Rechten überzeugt ist, dass man sich dem allgemeinen schlechten Niveau anpassen muss. Dabei gehen aber Bürgersinn, Ideale, Ethik und beruflicher Verhaltenskodex ebenso wie die eigene Ehre verloren. Der italienische Journalismus leidet an zahlreichen Problemen wie unsicheren Arbeitsplätzen, Mangel an Arbeitsplätzen und Ressourcen. All dies rechtfertigt jedoch nicht Verhaltensweisen, die nichts mit Journalismus zu tun haben. Wenn wir dieser Entwicklung nicht Einhalt gebieten, werden Giancarlo Siani und die übrigen Kollegen nicht als Journalisten in die Geschichte eingehen, sie sich lieber umbringen ließen, als sich zu beugen und die ihre Angst überwandern, um Nachrichten ohne Zensur zu schreiben. Dann werden sie künftigen Generationen schlicht als verrückte Selbstmörder in Erinnerung bleiben, die mit dem Kopf gegen die Wand rannten. Bereits heute werden sie mitunter als solche belächelt. Deshalb sollten wir dafür sorgen, dass jedes einzelne dieser Schicksale vor allem jungen Kollegen in Erinnerung bleibt, denn sie alle

verweisen auf die Dramen der Gegenwart und tragen zu ihrem Verständnis bei.

Formen der Einschüchterung: Seit 1993 wurde in Italien kein Journalist mehr getötet. Dennoch wurde gewaltsam Druck ausgeübt, um Reporter und Kommentatoren zum Schweigen zu bringen, sie einzuschüchtern, und ihre Recherchen zu behindern, wenn sie als unbequem galten. Dabei werden Drohungen vor allem in Form von Briefen und Telefonanrufen übermittelt, wie die Statistik nach dem gleichen Modell wie im obigen Abschnitt zeigt.

19 +9 (17) Drohanrufe, zuzüglich zwei Drohungen über das Internet
10 +3 (16) tätliche Übergriffe
9 +1 (8) Einbrüche und Beschädigungen

Entschädigungsforderungen: Neben den bereits genannten Methoden kommen andere hintergründigere aber nicht weniger wirksame Drohmittel zum Einsatz. Dabei handelt es sich um Drohungen gegen die Eigentümer von Zeitungen, Warnungen und Anspielungen, die auch auf unerwartetem Wege den Adressaten erreichen, sowie Forderungen nach Richtigstellungen, die üblichen Kriterien für die Kontrolle von Verletzungen der Pressefreiheit entgehen. Darüber hinaus häufen sich in wachsendem Maße zivilgerichtliche Entschädigungsklagen mit Forderungen nach überhöhten Zahlungen, die in keinem Verhältnis zum Schaden und zur Finanzkraft des jeweiligen Journalisten bzw. Mediums stehen. Entsprechende Forderungen werden ohne vorherige Diffamierungsklage angestrengt und ohne strafrechtliches Entschädigungsverfahren. In diesem Fall zählt die Statistik 13 +1 (8). Das größte Aufsehen erregten dabei die Forderungen des Ministerpräsidenten Silvio Berlusconi an „La Repubblica“, die Tageszeitung, die über Monate täglich die gleichen zehn Fragen über den Fall Noemi an ihn veröffentlichte, sowie im gleichen Zusammenhang an „L'Unità“. Die Entschädigungsforderung belief sich auf insgesamt eine Million Euro. Ein weiteres Beispiel bietet der Bürgermeister von Trapani, der von dem Journalisten Rino Giacalone 50.000 Euro Entschädigung wegen eines kritischen Artikels über seine Amtführung forderte. Für Aufsehen sorgten auch die Verurteilungen der Tageszeitung „Il Messaggero“ im Berufungsverfahren zur Zahlung von 2,4 Millionen Euro und ihres Musikkritikers Alfredo Gasponi zur Zahlung von 500.000 Euro an die Mitglieder des Orchesters S. Cecilia wegen eines Interviews, in dem der Dirigent Wolfgang Sawallisch 1996 wenig schmeichelhafte Wertungen ausgesprochen hatte.

Haussuchungen: Gerichtsberichterstatter sind einer anderen gravierenden Form von Einschüchterungsversuchen ausgesetzt, da sie mitunter auf Staatsanwälte stoßen, die über durchgesickerte Informationen irritiert sind.

Diese gehen nicht gegen die Verantwortlichen vor, zumeist unter Geheimhaltungspflicht stehende Justizbeamte, sondern nehmen Ermittlungen gegen Journalisten auf, um sie zur Preisgabe ihrer Quellen zu zwingen. Dabei veranlassen die Staatsanwälte Hausdurchsuchungen und Beschlagnahmungen von Computern und Archiven. Die italienische Gesetzgebung lässt diese Form des gerichtlichen Missbrauchs zu, die meist mit Freispruch endet. Im vorliegenden Bericht werden unter Angabe der neuen und alten Fälle wie oben angegeben 13 +1 (15) Fälle gezählt, die auf eine Gesetzeslücke zurückgehen. In dem Land, in dem bereits der Versuch, einen Maulkorberlass (Verbot des Abdrucks abgehörter Gespräche, Anm. d. Übers.) zu erlassen, an starkem öffentlichen Protest scheiterte, gehört auch diese Gesetzeslücke unbedingt geschlossen. Vorbild für eine Lösung könnte die jüngste Änderung des deutschen Strafrechts sein, nach der ein Journalist wegen der Veröffentlichung vertraulicher Information, die er von Beamten, Staatsanwälten oder Geheimdienstlern erhalten hat, auch dann nicht belangt werden kann, wenn es sich um Gerichtsunterlagen oder abgehörte Gespräche handelt. In diesem Fall dürfen die Gerichte allein die Quelle verfolgen, über die die Information durchgesickert ist. Eine solche Reform wäre in Italien dringend nötig.

Ein erschwerender Umstand: Wir sind überzeugt, dass die Behinderung des Rechts auf Berichterstattung und damit auf umfassende Information überdies als erschwerender Umstand in das Strafrecht aufgenommen werden sollte, um Journalisten besser abzusichern. Eine entsprechende Reform wäre angesichts des verbreiteten Einsatzes von Gewalt gegen Journalisten und ihre beruflichen Aktivitäten mehr als gerechtfertigt.

Behinderung der Information kriminalisieren: Zudem sollten Behinderungen der Berichterstattung unter Strafe gestellt werden. Dadurch würde ein in der italienischen Verfassung ebenso wie in der europäischen Menschenrechtskonvention verankertes Recht geschützt, das vielfach ungestraft verletzt wird. Tatsächlich geht die Entwicklung in die entgegengesetzte Richtung, da zahlreiche Vergehen nicht mehr als solche anerkannt werden. Die Debatte über Rechtsschutz für Journalisten sollte von diesem Punkt ausgehen, um am Ende möglichst zivilrechtliche Sanktionen durchzusetzen. Auf diesem Weg könnte gleichzeitig für mehr öffentliches Bewusstsein über das Problem gesorgt werden, das wiederum zu einer gesetzgeberischen Lösung anregen könnte. Eine breite Information über entsprechende Sachverhalte in Italien und im Ausland würde zu mehr Problembewusstsein und damit zu Lösungsansätzen beitragen. In diesem Zusammenhang sei auf den letzten Bericht der UNESCO hingewiesen, der als vorrangiges Ziel eine Anpassung der Rechtsprechungssysteme anmahnt, die verhindern muss, dass Journalistenmörder und Urheber anderer Formen

O₂ SAUERSTOFF für Medien. Bericht 2010

von Gewalt gegen Reporter straffrei ausgehen. Die Beobachtungsstelle „Sauerstoff für Medien“ wird künftig Materialien zu diesem Thema sammeln und ihm einen Kongress widmen.

Rechtsschutz: Angesichts der erwähnten Bedrohungen ist verstärkter Rechtsschutz für bedrohte Journalisten unabdingbar. Ebenso nötig sind neue Formen der Solidarität für die Betroffenen und eine Stärkung der Sicherheit innerhalb der Redaktionen sowie für besonders exponierte Reporter.

Zukunftsperspektiven: Einige uns bekannte Fälle von Drohungen gegen Journalisten wurden nicht in den Bericht aufgenommen, weil wir sie nicht zweifelsfrei nachweisen konnten. Wir verfügen nicht über die nötigen Mittel, Vertrauensleute nach Sizilien, Kalabrien und in andere Regionen zu schicken. Im kommenden Jahr hoffen wir, mit Hilfe unserer Unterstützer die nötigen Mittel für entsprechende Ausgaben aufbringen zu können. Wir danken den Verantwortlichen der Journalistengewerkschaft FNSI und dem Berufsverband, die den vorliegenden Bericht möglich gemacht und damit eine seit Jahren bestehende Lücke geschlossen haben.



. ossigeno_2@yahoo.it